Der

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteure sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gespaltene Petitzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 2. Sonntag, den 10. Januar. 1909.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gefl. Beachtung! Berichte und Korrespondenzen für den Tabak-Arbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus) oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59, gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

An die gesamte Tabakarbeiterschaft Deutschlands nebst ihren sämtlichen Hilfsgewerben!

Kollegen und Kolleginnen! Arbeitsgenossen! Der Kongreß der Tabakarbeiter Deutschlands findet am

18. Januar 1909 in Berlin

im Gewerkschaftshause, S. O. 16, Engelufer 15.

statt. Derselbe beginnt vormittags 9 Uhr, und wird höchstwahrscheinlich zwei, höchstens drei Tage in Anspruch nehmen. Ueber die Dauer desselben bestimmt selbstverständlich der Kongreß selbst.

Die seitens der Zentralkommission vorgeschlagene provisorische Tagesordnung lautet:

1. Konstituierung des Kongresses (Wahl des Bureaus, der Mandatsprüfungskommission, Festsetzung der Geschäftsordnung usw.).
2. Die Vernichtung der gesamten Tabakindustrie und deren Nebengewerbe durch die seitens der Reichsregierung geplante Tabaksteuer-Mehrbelastung. (Referent: A. von Elm-Hamburg.)
3. Berichte der einzelnen Delegierten.
4. Anträge.

Zum Empfange der Delegierten in Berlin sind unserseits von Sonntag, den 17. Januar, früh 8 Uhr ab Kollegen, welche durch rote Schleifen erkenntlich sind, am Bahnhof aufgestellt. Da der Schlesische Bahnhof dem Kongreßlokal am nächsten liegt, ist es ratsam, daß diejenigen Kollegen, welchen dies möglich ist, ihr Bahnbillett bis dahin lösen.

Wir ersuchen nun, wo Delegierte zu diesem Kongreß noch nicht gewählt sind, dieses schleunigst nachzuholen. Die Bureaus der Versammlungen, in welchen Delegierte gewählt worden sind, haben Mandatsformulare von ihren betreffenden Bezirksleitern zu beziehen, die seitens des Bureaus auszufüllen und von demselben mit Unterschrift zu versehen sind. Die Bezirksleiter sind bereits im Besitze dieser Mandatsformulare. Die Delegierten des 15. Bezirkes haben sich betreffs der Abforderung an den Unterzeichneten zu wenden. Jeder Delegierte hat bei dieser Meldung mit anzugeben, ob Logis für ihn besorgt werden soll oder nicht. Letzteres ist durch die Bezirksleiter an uns umgehend zu berichten.

Die Kosten der Delegation haben die betreffenden Orte selbst zu tragen. Alle Orte, in denen die Tabakindustrie nebst ihren Hilfsgewerben vertreten ist, müssen Delegierte senden; sollte dieses aber doch nicht möglich sein, so wäre es mindestens angebracht, sich mit Nachbarorten wegen gemeinsamer Delegation zu verständigen.

Im Laufe dieser Woche sind an alle uns zugänglichen Adressen einzelnen Orte, sowie an sämtliche Bezirksleiter bezügliche Zuschriften gegangen und bitten wir, in dem gewünschten Sinne verfahren zu wollen.

Kollegen und Kolleginnen! Arbeitsgenossen! Wenige Tage trennen uns vom Kongreß, darum fordern wir euch auf, noch diese wenigen Tage voll und ganz auszunützen! Jeder tue seine Schuldigkeit!

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.
Wilhelm Boerner, S. 42, Berlin, Ritterstr. 15. pt.

Defizitwirtschaft.

Der Reichs-Talles wird immmer größer. Gedächte der Schatzsekretär Sydow durch einen großen Steuerfischzug dem augenblicklichen Finanzelend ein Ende zu machen, so müßte doch der Grundzug seiner sogenannten Finanzreform: Die übertriebene Steigerung indirekter Steuern auf Lebens- und Genußmittel der arbeitenden Klassen — neue Gefahren für die Finanzwirtschaft des Reiches mit sich bringen. So lange das Reich seine Haupteinnahmequellen aus Genuß- und Nahrungsmittelsteuern zieht, müssen die Finanzen des Reiches den großen Schwankungen ausgesetzt sein, die mit jeder Veränderung der wirtschaftlichen Konjunktur auftreten. Je geringer der Massenverbrauch von Waren in der Zeit wirtschaftlicher Depression ist, um so größer wird der Ausfall bei den Reichseinnahmen aus Verbrauchssteuern und Zöllen sein.

Den sprechendsten Beweis für diese Tatsache liefert das laufende Etatsjahr. Hatte der Schatzsekretär Sydow bei der Etatsberatung damit gerechnet, daß die Einnahmen des Reiches im laufenden Etatsjahr um ca. 114 Millionen Mark hinter dem Voranschlag zurückbleiben würden, so hatte er sich arg verrechnet, denn in den ersten acht Monaten des laufenden Etatsjahres ist diese Summe bereits auf [illegible] Mill. Mark gewachsen. Allein die Zölle sind um 82 Mill. Mark hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Die Krisis hat einen riesigen Minderkonsum von Waren zur Folge, das ist die Ursache dieses Ausfalles.

Jetzt zeigt sichs, wie verrückt die sogenannte Schutzzollpolitik, überhaupt die Versteuerung der Lebensmittel der breiten Volksmassen ist. Sie ist auch eine der Ursachen der wirtschaftlichen Krise, denn sie hindert infolge künstlicher Verteuerung der Waren die arbeitenden Klassen an der Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse, d. h. sie hindert sie am Einkauf der nötigen Waren dazu, die darum sich in scheinbarer Ueberproduktion aufstapeln, so daß endlich eine gewaltsame Stockung eintritt und Minderproduktion dem Zustand abhelfen soll. Minderproduktion ist gleich Arbeitslosigkeit, und Arbeitslosigkeit hat wiederum Minderkonsum zur Folge. Man sieht, die kapitalistische Wirtschaft bringt die menschliche Gesellschaft in eine Zwickmühle. In der kritischsten Zeit haben natürlich die Arbeiter am meisten darunter zu leiden.

Aber wenn diese volkswirtschaftlichen Schäden der bürgerlichen Gesellschaft bekannt sind, so sollten die Leiter des bürgerlichen Staates sich hüten, die finanziellen Lebensbedingungen des Staates auf die Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaft aufzubauen, diese Wirtschaft auf steuerlichem Gebiete sogar nachzuahmen, somit die Ausbeutungswirtschaft zu verstärken und ihre Gefahren auch für den Staat zu erhöhen.

Gewiß werden je nach den Schwankungen im Wirtschaftsgetriebe der Warenproduktion auch Schwankungen in den Finanzen des Staates eintreten, wenn der Staat nur direkte Steuern erheben würde, aber der Ausfall an direkten Steuern würde nicht entfernt die Höhe erreichen, wie der an indirekten Steuern im Falle einer wirtschaftlichen Krisis. Vorausgesetzt natürlich, daß das direkte Steuersystem auf einer vernünftigen Progressivität aufgebaut ist und die unteren Klassen schont. Erbschafts- und Vermögenssteuer z. B. sichern dem Staat auch in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges einen fast gleichbleibenden, wenig veränderten Ertrag, und auch eine gute, progressive Einkommensteuer würde nur geringe Ausfälle ergeben, wenigstens kämen sie gegenüber den heutigen Ausfällen in den Reichseinnahmen, die nur aus indirekten Steuern und Zöllen stammen, gar nicht in Betracht.

Ist es also nicht geradezu wahnwitzig, das gefährliche System indirekter Steuern noch zu erweitern, anstatt es durch ein System direkter Steuern abzulösen? Die gegenwärtige Reichsfinanznot drängt geradezu darauf hin und erleichtert sogar die Einführung direkter Steuern, weil auch die breiten Massen des Volkes eine Aenderung stürmisch fordern. Diese stürmische Opposition gegen die verkehrte Steuerpolitik Sydows schuf die Verlegenheit jener bürgerlichen Parteien, die, im Regierungsblock gefesselt, Sydows Finanzpolitik unterstützen sollen, nun aber die verwegensten, volksfeindlichen Steuerpläne nicht bewilligen wollen. Ohne den Groll der Wähler resp. Steuerzahler wären sie natürlich zur Bewilligung bereit, denn sie haben ja doch das ausbeuterische System indirekter Steuern bewilligt und miteingeführt, sind also auch für seine Folgen mitverantwortlich. Es ist deshalb auch nicht anzunehmen, daß sie der Defizitwirtschaft ein Ende bereiten werden.

Die Defizitwirtschaft beruht nun nicht allein in einer falschen, volksausbeuterischen Steuerpolitik, sondern in der ganzen Methode, die Ausgaben des Reiches nicht den Einnahmen anzupassen, sondern immer größere Ausgaben zu machen, mit der Absicht, die Einnahmen dazu unter allen Umständen und mit allen Mitteln aus dem Volke herauszupressen. Um das zu erreichen, werden die ins Unendliche erhöhten Ausgaben als unumgänglich notwendige bezeichnet, obgleich männiglich weiß, daß die für Heer und Marine gemachten, schwindelnd hohen Ausgaben nicht nötig sind, sondern nur einer überspannten, höchst gefährlichen, abenteuerlichen Weltpolitik dienen.

Bevor nicht dieser Politik Einhalt getan wird, ist an eine gründliche Heilung der Reichsfinanzen nicht zu denken. Die sogenannte Reichsfinanzreform Sydows ist und bleibt ein elendes Flickwerk, das allen vernünftigen volkswirtschaftlichen Grundsätzen Hohn spricht und von der nächsten Forderung für Heer und Marine in Grund gebohrt wird. Sollte es mit Hilfe einer Reichstagsmehrheit gelingen, der größten finanziellen Verlegenheit des Reiches jetzt die Spitze abzubrechen, so wird doch damit die Defizitwirtschaft keineswegs beseitigt. In den nächsten zwei, drei Jahren muß ihr neuer Bankrott offenkundig werden, wie sie im neuen Jahrhundert bereits mehrmals von Bankrott zu Bankrott getaumelt ist. Die Intervalle werden immer kürzer zwischen diesen Insolvenzerklärungen, und in der Zwischenzeit frettet sich das Reich mit der Geriebenheit aber auch der Unehrlichkeit eines Bankrottierers durch.

Jetzt hat es das Volk satt, dieser Bankrottwirtschaft immer neue Wechsel auszustellen, es drängt darauf, daß die Begünstiger dieser Wirtschaft die Kosten selbst tragen. Weg mit der friedenstörenden, abenteuerlichen Weltpolitik, weg mit dem alles verschlingenden Moloch Militarismus, weg mit diesem ganzen System! Dann wird auch eine vernunftgemäße, solide Gestaltung der Reichsfinanzen herbeigeführt werden können. Eher nicht!

Hamburger Handelskammer und Tabaksteuer.

In dem soeben veröffentlichten Jahresbericht der Hamburger Handelskammer für 1908 befindet sich unter der Ueberschrift „Reichsfinanzen" der nachstehende Passus:

In Uebereinstimmung mit den Interessenten haben wir uns auch gegen die Zigarrenbanderolesteuer, als die für die Zigarrenindustrie verderblichste, für den Staat überdies kostspieligste Form der Besteuerung ausgesprochen und dagegen eine Erhöhung des Zolls und der inländischen Tabaksteuer unter Beibehaltung der bestehenden Spannung empfohlen.

Wer sind die „Interessenten" in der Hamburger Zigarrenindustrie, welche durch die Hamburger Handelskammer der Regierung einen höheren Tabakzoll empfehlen? Die Tabakarbeiter selbstverständlich nicht, ebensowenig die Zigarrenhändler — auch der Hamburger Zigarrenfabrikantenverein hat sich einstimmig in seiner Versammlung am 5. Dezember nicht nur nicht gegen die Banderolesteuer, sondern gegen jede Mehrbelastung der Industrie ausgesprochen. Bei der eminenten Bedeutung der Sache wäre es Pflicht der Hamburger Handelskammer, die Namen der „Interessenten" öffentlich bekannt zu geben. Wir bezweifeln, daß das geschehen wird, und können deshalb nur unsrer Vermutung dahin Ausdruck geben, daß die „Interessenten" der Hamburger Handelskammer einige Großfabrikanten sind, für welche der höhere Zoll bedeuten würde, daß sie mit ihren großen Kapitalien imstande wären, die mittleren und kleinen Zigarrenfabrikanten „an die Wand zu drücken, daß sie quietschen". Der Deutsche Tabakverein, dem diese Herren ohne Zweifel als Mitglied angehören, hat alle Veranlassung, die Hamburger Handelskammer um Aufklärung zu bitten. In Arbeitervereinen werden Mitglieder, die die Beschlüsse der Gesamtheit zu durchkreuzen suchen, einfach ausgeschlossen. Will sich der Tabakverein nicht mitschuldig machen an den Machenschaften hinter den Kulissen seitens einiger Millionäre in der Zigarrenindustrie, so darf er eine solche Durchkreuzung seiner Beschlüsse seitens dieser Herren unter keinen Umständen dulden.

Die Hamburger Handelskammer aber hat sich mit ihrer Empfehlung eines höheren Zolls auf Tabak zum Sprachrohr des Großkapitals gemacht. Sie hat in höchst einseitiger Weise einer Belastung der großen Massen der Raucher zugunsten der Besitzenden das Wort geredet. Ein höherer Zoll und eine Erhöhung der Inlandsteuer würden die billigen Sorten enorm verteuern, während er bei den teuren Sorten, die die besser Situierten rauchen, einen kaum merklichen Einfluß auf den Preis der Zigarre ausüben wird. Daß die Hamburger Großfabrikanten, die vorwiegend teure Sorten fabrizieren, ein Interesse daran haben, ihre Fabrikate möglichst wenig belastet zu erhalten, ist erklärlich; für die gesamte Zigarrenindustrie aber kommt der Massenkonsum in Betracht, nicht das geringe Quantum von Zigarren, welches die Besitzenden verbrauchen. Mit ihrer Empfehlung des höheren Zolls und der höheren Inlandsteuer hat sich die Hamburger Handelskammer also in direkten Gegensatz zu den Interessen der Gesamtindustrie, der Massen der Raucher und vor allem der Tabakarbeiter gesetzt, von welchen infolge der enormen Belastung des Massenkonsums Zehntausende brotlos gemacht werden würden.

Protestbewegung gegen die höhere Besteuerung des Tabaks.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete für Rostock, Ratssyndikus Linck, antwortete auf eine Eingabe der Tabakarbeiter im 5. mecklenburgischen Wahlkreise mit folgendem Schreiben:

Berlin, den 25. November 1908.

Sehr geehrter Herr!

Auf Ihr Geehrtes vom 20. d. M. betr. Tabaksteuer erwidere ich Ihnen, daß ich den Wählern meines Wahlkreises gegenüber mich bezüglich der Frage, ob ich ein von der Regierung herausgegebenes Gesetz annehmen werde oder nicht, grundsätzlich nicht binde. Ich warte ab, wie gestaltet das betreffende Gesetz aus der Kommissionsberatung herauskommt, und stimme dann nach

Gewerkschaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Witzenhausen. Der Streik der Zigarrenarbeiter bei der Firma G. Clevenhusen in Bremen, Ellingerode, Ermschwerdt, Gertenbach, Kl.-Almerode, Oberode und Witzenhausen ist beendet. Die Streikenden beschlossen die Aufhebung des Kampfes, weil in den letzten Wochen zu den in den Betrieben verbliebenen Arbeitswilligen noch andre aus den Reihen der Streikenden sich fanden, welche die Arbeit aufnahmen, und die Firma eine Erklärung dahin abgegeben hatte, daß der Regelung der Löhne in den Filialfabriken nach Erledigung der Tabaksteuervorlage näher getreten werden solle. Die Einstellung der Streikenden erfolgt nach Bedarf und unter der bestimmten Erklärung, daß keine Maßregelung vorgenommen werden soll. Die freie Ausübung des Koalitionsrechts wurde zugesichert.

Münden i. Hann. Der Streik bei der Firma Halle u. Unkenbold ist mit teilweisem Erfolge beendet. Die Lohnzulagen betrugen 25 Pfg. pro Mille. Die Arbeit wird am 4. Januar aufgenommen. Der Erfolg wäre sicherlich ein besserer gewesen, wenn die Kollegenschaft einer größeren Filialfabrik in Nieder-Scheeden, die nicht organisiert war, sich solidarisch erklärt hätte.

Zossen. Die Lohndifferenzen bei der Firma Rakow sind auf dem Wege der Verständigung zugunsten der Arbeiter beendet.

Blankenese-Dockenhuden bei Altona. Bei den Firmen H. Frahm und Konrad Temme in Blankenese und bei Joh. Hartmann in Dockenhuden sind die Arbeiter um Lohnerhöhung vorstellig geworden. Durch Unterhandlung mit dem Gauleiter wurde erreicht: Auf 7 Sorten à 50 Pfg., auf 4 Sorten à 1 Mk. und auf 1 Sorte 1.50 Mk. pro Mille. Diese Lohnerhöhung ist das Resultat der Organisation.

Bernburg. Der Streik bei der Firma Richter ist zugunsten der Arbeiter erledigt. Es tritt eine Lohnerhöhung von 60 Pfg. bis 1 Mk. pro Mille ein.

Barnstorf. Die Aussperrung bei der Firma Runnebaum u. Co. dauert unverändert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

Sommerfeld. Der wegen Lohnabzugs in Höhe von 1 Mk. bis 1.50 Mk. pro Mille ausgebrochene Abwehrstreik bei der Firma Paul Würbel dauert fort. Kollegen, meidet diesen Betrieb.

Kottbus. Der Streik bei den Firmen A. Bemmann, C. Pusch, B. Segal, P. Stoy und Gebr. Wieland dauert fort. Bei allen andern 15 Firmen, die Arbeiter beschäftigen, sind die Forderungen bewilligt resp. eine Verständigung erzielt, wonach laut Tarif außer sonstigen Verbesserungen ein Minimallohn in Höhe von 5.25 Mark für Roller und 3 Mk. resp. 3.25 Mk. für Wickelmacher anerkannt wurde. Ob obige 5 Firmen noch nicht einsehen gelernt haben, daß ihr Widerstand, den sie leisten, ihnen nur Schaden zufügt? Die Bewilligung der bescheidenen Forderungen der Arbeiter wäre sicherlich für sie profitabler gewesen. Wem aber nicht zu raten, dem ist auch nicht zu helfen. Angesichts der betätigten Widerspenstigkeit dieser 5 Firmen ist zu raten, Kottbus bis auf weiteres zu meiden.

Nürnberg. Bei der Firma Luber u. Comp. sind die Kollegen am 21. Dezember 1908 in den Ausstand getreten, weil ihnen zugemutet wurde, Arbeitsverschlechterungen sich gefallen zu lassen. Einen weiteren Grund zu diesem Ausstande bildete die rücksichtslose Bekämpfung der Organisation. Zu wünschen wäre, daß die Einigkeit der Nürnberger Kollegen dazu führte, das arbeiterfeindliche Treiben der Firma Luber u. Comp. zurückzuweisen. Der Zuzug ist fernzuhalten.

Hamburg. Die bei der Firma S. Eleftheriades u. Comp. (Zigarettenfabrik) beschäftigten Zigarettenarbeiter traten in den Ausstand, da die Firma die Löhne pro Mille um 25 Pfg., bei einer Sorte um 50 Pfg. zu kürzen gedachte. Der Zuzug ist fernzuhalten.

Frankfurt a. M. Der bei der Firma Lyhstadt u. Comp. (Zigarettenfabrik) ausgebrochene Abwehrstreik ist noch nicht beendet. Der Zuzug ist deshalb fernzuhalten.

Klein-Welzheim. Die Firma Vereinigte Mitteldeutsche Zigarrenfabriken hat am 24. Dezember wegen ganz geringer Differenzen ihre Arbeiter ausgesperrt. Der Zuzug ist fernzuhalten. Die Firma besitzt mehrere Filialen. So wird den Arbeitern ein fröhliches, gnadenbringendes Weihnachten bereitet.

Personalveränderungen in der Generalkommission und im Zentral-Arbeitersekretariat. Der Genosse Gustav Bauer, bisher Sekretär im Zentral-Arbeitersekretariat, ist zum 2. Vorsitzenden de Generalkommission gewählt und in dieser Eigenschaft jetzt in das Bureau der Generalkommission eingetreten. An Stelle des aus dem Bureau der Generalkommission ausgeschiedenen Genossen Louis Brunner ist der Genosse O. Herrmann-Nürnberg, Angestellter des Verbands der Schuhmacher, als Statistiker eingetreten. Als Ersatz für den Genossen Bauer hat der Gewerkschaftsausschuß den Genossen Rudolf Wissell, bisher Arbeitersekretär in Lübeck, gewählt. Derselbe hat die Tätigkeit im Zentralarbeitersekretariat bereits aufgenommen. Die fortgesetzt steigende Inanspruchnahme des Zentral-Arbeitersekretariats hat ferner die Anstellung eines weiteren (4.) Sekretärs notwendig gemacht. Als solcher ist der Genosse Teschner, Anwaltsbureauvorsteher (Verband der Bureauangestellten, gewählt und in das Sekretariat eingetreten.

Ein Jubiläum der Holzarbeiterorganisation. Am 27. Dezember v. J. waren es 25 Jahre, seit der Deutsche Tischlerverband gegründet wurde. Die Anregung zur Gründung dieser Organisation ging von Stuttgart aus. Und die Gründung fiel in die schwere Zeit des Sozialistengesetzes. Im Jahre 1883 hatten die Stuttgarter Möbelfabrikanten in den Sommermonaten ihre Gesellen ausgesperrt. Dieser Gewaltakt übte, wie die Holzarbeiterzeitung schreibt, eine von den Herren nicht erwartete Wirkung aus. Das Solidaritätsgefühl der Kollegenschaft in den verschiedensten Teilen des Reiches wurde mächtig angeregt; die veranstalteten Sammlungen zur Unterstützung der Ausgesperrten lieferten ein so reiches Ergebnis, daß es den Ausgesperrten möglich wurde, als Sieger aus dem Kampfe hervorzugehen. Das brutale Vorgehen der Stuttgarter Unternehmer hatte aber noch weitere Folgen; die Kollegenschaft wurde zum Nachdenken angeregt. Man sagte sich, daß in die gleiche Lage wie die Stuttgarter Schreiner sehr leicht auch die Kollegen in andern Orten geraten könnten; welcher Vorteil, wenn eine engere Verbindung unter den Fachvereinen, die jetzt für den augenblicklichen Zweck erst geschaffen werden mußte, dann bereits vorhanden war. Diesem in weiteren Kreisen vorhandenen Wunsche nach Schaffung einer Zentralorganisation der Tischler gab der damalige Vorsitzende des Stuttgarter Schreinerfachvereins, Karl Kloß, den richtigen Ausdruck. Er berief auf den 8. Oktober 1883 eine Konferenz von Vertrauensmännern der Tischler nach Frankfurt a. M. Hier kam man überein, einen deutschen Tischlerkongreß abzuhalten, der am 27. Dezember 1883 in Mainz zusammentrat. Der Kongreß beschloß, eine Zentralorganisation zu schaffen, welche unter dem Namen Zentralverband der Vereine der Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen Deutschlands sofort ins Leben trat. Zum besoldeten Vorsitzenden der Organisation mit einem Monatsgehalt von 120 Mark wurde Kloß gewählt.

Am Schluß des ersten Geschäftsjahres gehörten der Organisation 52 Vereine mit 4152 Mitgliedern an. In den folgenden Jahren hatte der Verband mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen, die seinen Fortschritt hemmten. Eine Besserung trat erst ein, als im Jahre 1886 auf dem Verbandstage zu Gotha eine straffere Zentralisation geschaffen wurde; aus dem Verband von Vereinen wurde der Deutsche Tischlerverband. Diese Organisationsänderung war von den wohltätigsten Folgen begleitet; am Schluß des Jahres 1887 zählte der Verband bereits 86 Zahlstellen mit 6013 Mitgliedern, und in den folgenden Jahren war eine ständige Zunahme sowohl der Zahlstellen als auch der Mitglieder zu verzeichnen. Ende 1889 war der Verband auf 10 430 Mitglieder in 127 Zahlstellen angewachsen. Im Jahre 1893 ging der Tischlerverband dann über in den Deutschen Holzarbeiterverband, der mit dem 1. Juli 1893 mit 22 745 Mitgliedern (davon 19 400 aus dem Tischlerverband) ins Leben trat.

Heute zählt der Deutsche Holzarbeiterverband rund 150 000 Mitglieder. Er ist damit eine der stärksten und außerdem eine der finanziell bestfundierten deutschen Gewerkschaften. In zahlreichen, teils sehr schweren und langwierigen Lohnkämpfen hat er seinen Mitgliedern wertvolle wirtschaftliche Vorteile erkämpft. Darum wird er auch weiter in der Aufwärtsentwicklung beharren und ein bedeutsames Organ bleiben in der Befreiung des Proletariats.

Die Brüsseler Genossenschaft Maison du Peuple (Volkshaus) hat seit einer Reihe von Jahren ärztliche Konsultationen für seine Mitglieder eingerichtet. 21 Aerzte inkl. der Spezialisten stehen den Mitgliedern zur Verfügung; sie halten abwechselnd ihre Sprechstunde im Volkshaus ab und erhalten für ihre Mühewaltung von der Genossenschaft eine Pauschale. Die Medikamente werden den Genossenschaftern ebenfalls kostenlos überwiesen. Neuerdings hat das Volkshaus für die ärztlichen Konsultationen eine Filiale an einer andern Stelle der Stadt errichtet, verbunden mit einer Apotheke und einem zahnärztlichen Institut. Hier erhalten auch Nichtmitglieder ärztlichen Rat und Beistand.

Literarisches.

In Freien Stunden. Von dieser illustrierten Romanbibliothek in Wochenheften, welche durch den Abdruck guter Romane, Novellen, Humoresken, Skizzen usw. einen erfolgreichen Kampf gegen die Schundliteratur führt, sind die letzten Hefte des laufenden Jahrganges erschienen. Mit Heft 52 nimmt der mit so außerordenlichem Interesse aufgenommene Roman Der Haiduck von Bucura Dumbrawa sein Ende.

Am 1. Januar beginnt ein neuer Roman: Kenilworth des hervorragenden schottischen Erzählers Scott, der, wie wir hoffen, ebenfalls allgemeinen Beifall finden wird. Aber auch die nebenher zum Abdruck gelangende Erzählung Kummerjahre, welche die Leiden einer Mutter — der während der russischen Revolution die Söhne verhaftet werden — schildert, wird durch ihren ergreifenden Inhalt und durch ihre anschauliche Darstellung sicher mit größter Spannung gelesen werden.

Wir raten allen, die noch nicht Leser der Freien Stunden sind, die sich jetzt bietende Gelegenheit zum Abonnement zu benutzen, um so mehr, als der Preis außerordentlich bescheiden ist. Jede Woche erscheint ein 24 Seiten starkes Heft von Künstlerhand illustriert zum Preise von 10 Pfg. Bestellungen nehmen alle Parteispeditionen, Zeitungsausträger und Kolporteure entgegen.

Quittung.

Zur Bekämpfung der drohenden Tabaksteuer-Gefahr (Banderolesteuer) sind bei dem Unterzeichneten folgende Gelder eingegangen:

	Listen-Nr.	Mk.
Kollegen der Zigarettenfabrik Garbaty, Berlin	3366/67	17.90
„ „ „ Manoli „	3271/74 u. 3414/15	54.70
„ „ „ Josetti „	3334, 3377 u. 382	32.85
„ „ „ Phänomen „	3416/17 u. 3427/28	23.95
„ „ „ Herbstoli „	3418 u. 3420	8.20
„ „ „ Tellus „	3379 u 3384	4.35
„ „ „ Taisi „	3380 81	6.10
„ „ „ Problem „	3429	13.85
„ „ „ Wenstein „	3424 u. 3469	6.20
„ „ Zigarrenfabrik Kayhun „	2645	3 70
„ „ „ Juhl „	3387/88	13.80
Durch Kollegen Max Lange „	2647	12,05
„ „ Wilhelm Spielvogel „	2765	8.90
„ Kollegin Martha Frank „	2862	1.10
Von den Berliner Zigarrensortierern, durch Kollegen Hentzschel	2759, 2761/62 u. 2865	27.85
15. Bezirk, durch Kollegen G. Hentschke, Schwiebus		15.—
14. „ „ „ P. Hartwig, Glatz		28.—
1. „ von der Firma Hengstoß u. Maak, Altona-Ottensen, durch die Expedition des Tabakarbeiter		100.—
1. „ von dem Personal der Firma Hengstoß u. Maak, Altona-Ottensen, durch die Exp. d. Tabakarbeiter		18.—
	Mk.	396.50
Bereits quittiert „		1154 05
Summa Mk.		1550.55

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.
J. A.: Ludwig Walter, Kassierer, Berlin N. 37, Weißenburger Straße 75.

Wir empfehlen zu bekannt billigen Preisen

Sumatra-Decken	195-500 ₰	Domingo-Einlagen	95-105 ₰
Vorstenlanden-Decken	180-300 ₰	Felix-Decke	180-230 ₰
Java-Decken	170-250 ₰	Felix-Umblatt	150-175 ₰
Java-Umblatt und Decken	140-165 ₰	Felix-Umblatt u. Einlage	125-160 ₰
Java-Umblatt	120-145 ₰	Felix-Einlagen	110-160 ₰
Java-Aufarbeiter	120-130 ₰	Havanna-Umblatt u. Einl. (auch Decke enthaltend)	280-315 ₰
Java-Einlagen	85-125 ₰	Havanna-Einlagen	200-245 ₰
Carmen-Umblatt	120-145 ₰	Uckermärk.-Umblatt und Einlage	85 ₰
Carmen-Aufarbeiter	95-115 ₰	Prima Losgut, rein überseeisch	85 ₰
Felix-Ersatz-Einlagen	100-125 ₰		
Domingo-Umblatt	120-135 ₰		

Entrippte, gestreckte Einlagen von 135 ₰ an aufwärts! — Diskont 3 Proz., bei Kassabezug von 30 Pfund einer Sorte 3 Proz. Extra-Rabatt.
Proben nur unter Nachnahme. — Kredit nach Uebereinkunft!

Jacob & Noll, Rohtabak-Versandhaus
Fernspr. 6247. **Hannover.** Fernspr. 6247.

Brinkmeier & Co., Bremen
Billige Preise. Rohtabak. Reichhalt. Lager.
Auszug aus unserer Preisliste!
Sumatra-Decken von 150—400 Pfg. **Vorstenlanden-Decken** von 160—185 Pfg. **Java-Decken** von 200—300 Pfg. **Java-Umblatt** von 110—140 Pfg. **Java-Umblatt** und **Einlage** von 90—105 Pfg. **Java-Einlage** von 85—90 Pfg. **Brasil-Decken** von 150—200 Pfg. **Brasil-Aufarbeiter** von 130—145 Pfg. **Brasil-Einlagen** von 105—125 Pfg. **Carmen-Umblatt** von 100—120 Pfg. **Carmen-Umblatt** und **Einlage** von 90—100 Pfg. **Carmen-Einlage** von 80 bis 90 Pfg. **Domingo-Umblatt** von 95—110 Pfg. **Domingo-Umblatt** und **Einlage** von 90—95 Pfg. **Domingo-Einlage** von 85—90 Pfg. **Mexiko-Decken** 160 und 250 Pfg. **Havanna** 275 Pfg. malottiert. **Yara-Cuba** 210 und 250 Pfg. **Havanna-Decken** 650 Pfg. **Seedleaf-Umblatt** 120 Pfg. **Losgut,** nur aus originalen Tabaken zusammengestellt, von 80—90 Pfg.
Preise verstehen sich verzollt Versand nur unter Nachnahme.
Kredit nach Uebereinkunft.
Sie werden beim Versuch unserer Tabake zu der Ueberzeugung kommen, daß Sie in jeder Weise gut und reell bedient werden.
Brinkmeier & Co.. Rohtabak, Bremen.

Bernhard R. Müller
Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.
Aeltestes Rohtabakgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.
Sumatra- und **Java-Decken** 2 00, 2.25, 2 50 ℳ, **hell** 2.60, 2.80, 3.00, 3.20, 3.40, 3.60, 3 8', 4.00, 4.60 ℳ. — **Java** 0,92, 0.95, 0,98, 1.05, 1.10, 1.25, 1.35, 1.40, 1.46 ℳ. — **Domingo** und **Carmen** 0.98, 1.00, 1.05, 1.20, 1.30 ℳ. — **Mexiko** 2.50, 3.00, 3.50 ℳ. — **Havanna** 3.60 ℳ. — **Felix** 1.00, 1.10, 1.15, 1.20, 1.25, 1.30, 1.50 ℳ, **Decke** 1.80 ℳ. — **Losgut, blattig** und **gesund,** 0.90 ℳ. — **Uckermärker** 0.75, 0.78, 0 84, 0.88 ℳ — **Rebuts** 0.86, 0.88 ℳ (Umblatt). — **Holländer Umblatt** 0.88 ℳ
Diskont gewähre 3 Prozent. — Versand nur unter Nachnahme.

! Roh-Tabake !
und **sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation** kauft man am **besten** und **billigsten** bei
L. Cohn & Co., Berlin N. 54
Brunnenstrasse 24
Deutschlands größtes Fabrik-Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branche.
Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.
Jede Fasson stets am Lager.
Soeben erschien unsere neueste Preisliste **Nr. 23.** Zusendung kostenlos sofort

W. Hermann Müller
Berlin, Magazinstraße 14.
Nr. 6193
Sumatra
à Pfund Mk. **1.75,** verzollt.
Nr. 6195
Java-Sumatra
à Pfund Mk. **2.50,** verzollt, rötlich braun, gute Farben, tadellos brennend.

Roh-Tabak!
Sumatra 120, 150, 240, 250, 320, 600, 700 ₰.
Vorstenland 100, 105—200, 250 ₰.
Brasil 110, 125, 130, 150, 180, 200 ₰.
Domingo 85, 100, 110 ₰.
Mexiko 180, 250, 300 ₰.
Borneo 130 ₰.
Havanna 250, 300, **Losgut** gef. 80 ₰.
Seedleaf 100, 110, 120, 130 ₰.
Gestr. Einlage 130, **Grus** 100 ₰.
Versand nur unter Nachnahme.
A. Matthesen
Altona, Grosse Prinzenstr. 18.

Gewerkschaftsbewegung u. Alkoholfrage. Mit Porto 15 ₰.
Volksbuchhandlung, Leipzig, Tauchaer Str.

Carl Sachse Dresden A. 1
Sporergasse 2
Roh-Tabake
en gros — en detail.

Ein dreifaches Gut Tobak!
unserem Kollegen **Artur Börner** und seiner lieben **Hedwig Slezak** zur Verlobung.
Die Kollegen und Kolleginnen von Pirna.

Todes-Anzeigen.

Am 17. Dezember starb nach langer, schwerer Krankheit unser langjähriges Mitglied, der Kollege **Heinrich Gödeke** im Alter von 55 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder d. Zahlstelle Osterode a. H.

Am 24. Dezember starb infolge Schlaganfalls das Mitglied Frau **Sophie Elfers** im Alter von 32 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Mitglieder der Zahlstelle Achim.

Am 25. Dezember starb der Kollege **Johann Gabriel** aus Neudamm infolge einer sich beim Militär zugezogenen Krankheit.
Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren
Die Mitglieder der Zahlstelle Neudamm.

Am 28. Dezember verstarb unser Mitglied, die Zigarettenarbeiterin **Elsa Zeibig** aus Breslau im Alter von 25 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden der Verstorbenen bewahren
Die Kollegen der Zahlstelle Dresden.

Briefkasten.

Kollegen, Pirna 60 Pfg.

Waisenversicherung will man angesichts der schlechten Finanzlage des Reichs ohne Staatszuschuß auskommen; soweit der Bedarf nicht aus den Ueberschüssen der Zollerträge gedeckt werden kann, sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen zu Beiträgen herangezogen werden. Die Gewährung einer Rente ist an den Nachweis der Bedürftigkeit gebunden.

Budget eines schlesischen Tabakarbeiters.

Neujahr! Ein jeder Mensch ersehnt und erhofft im neuen Jahre ein besseres und menschenwürdigeres Auskommen, wenn er mit dem alten Jahre abgeschlossen und die Erfahrung gemacht hat, daß es im alten Jahre nur Mühe und Arbeit für ihn gegeben und daß er direkt Not gelitten hat. Ein Mitglied unsres Verbandes sendet uns eine Abrechnung seiner Lohneinnahme vom Monat März bis einschließlich Dezember 1908. Dieselbe gibt wieder einmal schlagend den Beweis, daß es Tabakarbeiter gibt, welche selbst die äußerste Notdurft des Lebens kaum befriedigen können und stets mit den größten Sorgen zu kämpfen haben.

Der Kollege erhielt an Lohn netto ausgezahlt im Monat

März	1908	. . .	36.98	Mk.
April	„	. . .	33.12	„
Mai	„	. . .	44.85	„
Juni	„	. . .	34.94	„
Juli	„	. . .	38.24	„
August	„	. . .	47.80	„
September	„	. . .	38.64	„
Oktober	„	. . .	48.58	„
November	„	. . .	21.98	„ (9 Tage krank)
Dezember	„	. . .	39.33	„
Einnahme in 10 Monaten			384.46	Mk.

Das ergibt für die Woche einen Durchschnittslohn von 9.15 Mark.

Von diesen 9.15 Mark sind noch 56 Pfg. Gewerkschaftsgelder abzuziehen, so daß zum Leben 8.60 Mark bleiben. Das Logisgeld am Orte beträgt 8 Mark, Wäsche muß pro Woche mit 40 Pfg. berechnet werden, so daß also noch 20 Pfg. die Woche für Kleidung, Vergnügen und Bildung für einen Menschen von 23 Jahren bleiben. Der Kollege kann sich seit Jahresfrist keine ganze Logisstelle mehr leisten, da er andernfalls nicht einmal für ganzes Schuhwerk sorgen könnte. Er ist gezwungen, auf Schlafstelle zu gehen, zu Mittag in einer Speisewirtschaft zu essen und abends sich seinen „Mokka" selbst zu kochen, um nur den wenigen Verdienst einer Logiswirtin für seine Tasche zu erübrigen. Vergnügen sind gänzlich ausgeschlossen. Selbst eine politische Tageszeitung kann er sich nicht halten, sondern muß sie sich von seinem Schlafkollegen ausbitten, wenn er nur einigermaßen über die Tagesereignisse unterrichtet sein will.

Angesichts solcher miserabeln Verhältnisse, wie sie sich bei vielen verkrüppelten Tabakarbeitern vorfinden, ist es geradezu unverantwortlich von der Regierung, wieder mit einer neuen Tabaksteuervorlage zu kommen. Sollte nochmals eine Verschlechterung der Lage der Tabakarbeiter eintreten, so liegt es auf der Hand, daß solche Kollegen sofort den Kommunen oder dem Staat zur Last fallen, und ehe diese dem Arbeiter hilfreich die Hand reichen, ist er über seinem Schicksal womöglich schon zugrunde gegangen.

Der Kollege, der uns sein Budget zur Verfügung stellte, schließt seinen Brief mit den Worten:

Meine einzige Silvesterfreude ist die Abfassung dieses Briefes, er macht das bedrängte Herz etwas frei. Zu sonstigen Vergnügen habe ich ja kein Geld. Diese Woche habe ich nur 5.16 Mark verdient, während Kost und Logis doch dasselbe wie andre Wochen ausmacht.

Quittung.

Zur **Bekämpfung der Tabaksteuer** gingen folgende Gelder vom 14. Gau ein:

Kassenbestand am 2. Juni 1908	425.06	Mk.
Zahlstelle Neustadt, 18. Juni	2.10	„
„ Wansen, 31. Juli	2.10	„
„ Miloslaw, 25. Oktober	2.60	„
„ Birnbaum, 2. November	7.60	„
„ Brieg, 19. November	6.—	„
„ Canth, 19. November	20.35	„
„ Goldberg, 19. November	20.—	„
„ Neustadt, 19. November	2.—	„
„ Oppeln, 28. November	21.30	„
„ Trebnitz, 9. Dezember	7.15	„
„ Langenbielau, 12. Dezember	5.50	„
„ Breslau, 27. Dezember	228.60	„
Summa	750.36	Mk.

Bremen. Max Clement, Gauleiter.

Briefkasten.

Lübbecke. Der kurze Bericht war bereits gesetzt, als der längere einging. Der letztere hätte unbedingt gekürzt werden müssen des Raumes wegen. Alle Berichte werden gekürzt, da fast in allen der gleiche Inhalt wiederkehrt; sonst könnten bei der großen Zahl der Berichte über die Protestbewegung viele nicht zum Abdruck gelangen.

Minna Schäfer, Bremen. Ihre Zuschrift eignet sich nicht zum Abdruck.

Vereinsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, **Bremen**, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6. — Telephon Nr. 6046.

Bureauzeit von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren.

Geld-, Einschreibe- u. Wertsendungen nur an W. Nieder-Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Eilken, Altona-Ottensen, Scheel-Pleßenstraße 1, I, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

An die Gauleiter, Bevollmächtigten und Mitglieder des Verbandes.

Zur Gaueinteilung.

Durch die Vereinigung des 9. und 10 Gaues und die beschlossene Aufteilung des bisherigen 12. Gaues ist die Zahl der Gaue auf 13 reduziert worden. Diese Beschlüsse machen es erforderlich, bezüglich der vorhandenen Gaue eine andere Numerierung vorzunehmen. Wir bringen deshalb zur Kenntnisnahme, daß, abgesehen von den Gauen 1 bis 8, die ihre Nummer behalten und in ihrem Umfange bestehen bleiben, vom 1. Januar 1909 an der 9. und 10 Gau als 9. Gau, der 11. Gau, mit inbegriffen die Zahlstellen des alten 12. Gaues: Halle a. S., Könnern, Merseburg, Naumburg, Weißenfels, Wittenberg und Zeitz als 10. Gau, der 13. Gau, mit inbegriffen die Zahlstellen des alten 12. Gaues: Delitzsch, Döbeln, Eilenburg, Elsterwerda, Frohburg, Geringswalde, Hartha, Hainichen, Connewitz, Leipzig, Leisnig, Lunzenau, Mittweida, Mühlberg a. E., Mutzschen, Pegau, Penig, Rochlitz, Roßwein, Stötteritz, Strehla a. E., Torgau, Waldheim, Wurzen und Zwenkau als 11. Gau, der alte 14. Gau als 12. Gau und der alte 15. Gau als 13. Gau bezeichnet werden soll.

Die neuformierten und anders numerierten Gaue umfassen daher nunmehr folgende Gebietsteile:

9. Gau: Königreich Württemberg und Königreich Bayern (exkl. Reg.-Bez. Pfalz und Reg.-Bez. Unterfranken und Aschaffenburg), die Landeskommissariate Karlsruhe, Freiburg und Konstanz (Großherzogtum Baden) und Elsaß-Lothringen.

10. Gau: Die Herzogtümer Sachsen-Koburg-Gotha, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, die Fürstentümer Reuß ä. L. und Reuß j. L., die Kreise Stadt- und Landkreis Erfurt, Eckartsberga, Halle a. S., Merseburg, Naumburg, Saalkreis Schleusingen, Stadt- und Landkreis Weißenfels, Zeitz und Ziegenrück (Provinz Sachsen), Schmalkalden (Provinz Hessen-Nassau) und der Ort Liebschwitz (Königreich Sachsen).

11. Gau: Königreich Sachsen (exkl. der Ort Liebschwitz) und die Kreise Bitterfeld, Delitzsch, Liebenwerda, Schweinitz, Torgau und Wittenberg (Provinz Sachsen).

12. Gau: Die Provinzen Posen und Schlesien.

13. Gau: Berlin mit den Provinzen Brandenburg, Pommern, Ostpreußen und Westpreußen.

Die Adressen der Gauleiter vorstehender Gaue:

9. Gau: A. Heising, Straßburg-Neudorf, Baldnersweg 16c, II.

10. Gau: Dom. Wiesen, Erfurt, Blücherstraße 46, II.

11. Gau: Otto Wenzel, Dresden-A., Ritzenbergstraße 2, Zimmer 23.

12. Gau: Max Clement, Breslau, Leuthenstraße 51, II.

13. Gau: Max Kiesel, Berlin O. 34, Samariterstraße 33, IV.

Adressen-Verzeichnis!

Da sich die Neuherausgabe des Adressen-Verzeichnisses notwendig macht, ersuchen wir alle darauf bezüglichen Aenderungen uns bis längstens den 18. dss. Mts. zugehen zu lassen. Es ist notwendig deutlich zu schreiben und die Adresse genau anzugeben.

Bremen. **Der Vorstand.**

Vom Vorstande sind ernannt:

Für **Bredstedt** in Schleswig-Holstein: Karl de Mür als 1. Bev., Johann Lübeck als 2. Bev., Hans Paysen als 3. Bev; Heinrich Paysen, Heinrich Rappe, Heinrich Struve als Kontrolleure.

Für **Burg** bei Magdeburg: Rob. Staak als 1. Bev., Paul Grahn als 2. Bev., Paul Tillner als 3. Bev.; M. Orth, H. Wernecke, W. Birker als Kontrolleure.

Für **Groß-Rhüden:** Wilh. Flügge II als 1. Bev., W. Kuhle als 2 Bev., H. Schmidt als 3. Bev.; H. Brakebusch, H. Göhle, W. Brothage als Kontrolleure.

Für **Hemsbach** a. d. Bergstraße i. Baden: Karl Hangs als 1. Bev., Michael Rößling als 2. Bev.

Für **Märzdorf**, Kreis Ohlau: Paul Kern als 1. Bev., Joseph Thater als 2 Bev.; Berta Sotta, Anna Höhne als Kontrolleurinnen.

Für **Trebbin:** Alex. Berner als 1. Bev., Herm. Kuhle als 2. Bev., Max Klopin als 3. Bev.; Paul Pannter, Otto Fahle, Ferd. Rieckebusch als Kontrolleure.

Für **Verden:** Friedr. Günteroth als 1. Bev., H. Huntemann als 2. Bev., G. Wolff als 3. Bev.; Friedr. Hatzki, C. Fischer, Martha Grimschl als Kontrolleure.

Vom 29. Dezember 1908 bis 4. Januar 1909 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:

		M	₰
27.	Dezember 1908. Seligenstadt	77	30
28.	Waldheim	150	—
28.	Johanngeorgenstadt	300	—
28.	Hartha	200	—
28.	Striegau	200	—
28.	Vallendar	36	—
28.	Osnabrück	100	—
28.	Ostringen	80	—
28.	Rehme i. W.	60	—
28.	Lauenburg	75	—
28.	Oerlinghausen	180	—
28.	Bernburg	100	—
28.	Rellingen	160	—
28.	Priebus	30	—
28.	Verden	500	—
28.	Strehlen	51	—
28.	Haynau i. Schl.	50	—
28.	Liegnitz	150	—
28.	Goldberg	100	—
28.	Brieg i. Schl.	150	—
28.	Cölleda	50	—
28.	Leisnig	100	—
28.	Freiberg	200	—
28.	Gera	200	—
29.	Apolda	80	—
29.	Spandau	50	—
29.	Geldern	150	—
29.	Krosdorf	400	—
29.	Löhne i. W.	30	—
29.	Hunnebrok	300	—
29.	Meißen	150	—
29.	Pirna	100	—
30.	Achim	300	—
30.	Oldenburg	75	—
30.	Trebbin	160	—
30.	Freden	80	—
30.	Halberstadt	400	—
30.	Dezember 1908. St. Andreasberg	70	—
30.	Ermschwert durch F. Husung	25	52
30.	Heiligenstadt durch F. Husung	68	24
30.	Frankfurt a. O.	200	—
30.	Schwedt a. O.	250	—
30.	Erdmannsdorf	70	—
30.	Goslar	80	—
30.	Winsen	200	—
30.	Finsterwalde	250	—
30.	Altenburg	75	—
30.	Glatz	90	—
30.	Kottbus	42	30
31.	Burgdamm	302	—
31.	Itzehoe	100	—
31.	Groß-Rhüden	100	—
31.	Brandenburg	200	—
31.	Salzuflen	30	—
31.	Emmendingen	50	—
31.	Hadersleben	100	—
31.	Halle a. S.	50	—
31.	Pößneck	45	—
31.	Wusterhausen	70	—
31.	Wolgast	30	—
31.	Karlsruhe	60	—
31.	Neuhaus	75	—
31.	Wurzen	200	—
31.	Heriord	100	—
1.	Januar 1909. Frohburg	20	—
2.	Lorsch	184	54
2.	Oederan	30	—
2.	Weißenfels	70	—
2.	Peterswaldau	100	—
2.	Wernigerode	450	—
3.	Schötmar	140	20

B. Freiwillige Beiträge:

2. Januar 1909. Weißenfels, H. Koch . . . . . 10.—

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Ersuche die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Bremen, den 4. Januar 1909.

W. Nieder-Welland, Kassierer,
Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Adressen-Aenderungen:

Nachstehende Aenderungen wollen die Mitglieder immer fortlaufend in ihrem Adressenverzeichnis vornehmen, damit sie stets ein richtiges Adressenverzeichnis haben.

Für **Bredstedt** in Schleswig-Holstein: Der 1. Bev. Karl de Mür wohnt Norderstraße 58. Sämtliche Zuschriften sind an diesen zu richten. — Der 2. Bev. Johann Lübeck wohnt Osterstraße 44. — Der 3. Bev. Hans Paysen wohnt Osterstraße 8.

Für **Delitzsch:** Der 1. Bev. Ludwig Paasch wohnt Bismarckstraße 54. — Der 2. Bev. Wilh. Schuster wohnt Feldstraße 5.

Für **Hemsbach** a. d. Bergstraße i. Baden: Alle Zuschriften sind an den 1. Bev. Karl Hangs zu richten.

Für **Kreuznach:** Der 1. Bev. Heinrich Riegel wohnt Lämmergasse 13 II

Für **Märzdorf**, Kreis Ohlau: Alle Zuschriften sind an Paul Kern, Zigarrenarbeiter, zu richten.

Für **Oranienbaum** in Anhalt: Der 1. Bev. Reinhold Künkler wohnt Friedrichstraße 11. — Der 2. Bev. Gustav Hempel wohnt Rüddigerstraße 4.

Für **Rahden:** Alle Zuschriften sind an A. Thie, Nr. 327, zu richten.

Für **Weißenfels:** Der 1. Bev. Karl Eichardt wohnt Beuditzstraße 53, IV.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In **Bredstedt** in Schleswig-Holstein: Durch den 1. Bev. Karl de Mür, Norderstraße 58. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12 bis 2 Uhr nachmittags.

Krankenunterstützung wird ausgezahlt:

In **Bredstedt** in Schleswig-Holstein: Durch den 2. Bev. Johann Lübeck, Osterstraße 44. Jeden Abend vor Sonn- und Festtagen von 7 bis 8 Uhr abends.

Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht Eure Versammlungen zahlreich!)

In **Altenburg** (S.-A.): Sonnabend, den 9. Januar, abends 8½ Uhr, im Goldnen Engel. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Löwensen-Thal:** Sonnabend, den 9. Januar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn H. Knierim in Löwensen. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1908. 2. Neuwahl der Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Bericht der Tabaksteuer-Kommission und Wahl eines Delegierten zum Kongreß in Berlin. — Zu dieser Versammlung sind auch Nicht-Mitglieder eingeladen.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Winsen:** Sonnabend, den 9. Januar, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl der Ortsverwaltung. 3. Der Kongreß in Berlin. 4. Verschiedenes. — Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung muß jeder erscheinen.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Tannenberg:** Sonntag, den 10. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Konsum-Restaurant in Geyer. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1908. 2. Neuwahl der Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskartell. 4. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Westerenger:** Sonntag, den 10. Januar, nachmittags 5 Uhr, beim Gastwirt Nippelmann. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1908. 2. Wahl der Ortsverwaltung. 3. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Lemgo: Da am Sonntag, den 10. Januar, nachmittags in Lage die Bezirksversammlung für Lippe stattfindet,** so findet unsere Versammlung erst am Montag, den 11. Januar, abends 8½ Uhr, bei Herrn Volland statt. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Neuwahl der Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Vereinsbote. 4. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. — Bevollmächtigte und Kontrolleure haben abends 7½ Uhr zu erscheinen.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Peruburg:** Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 3½ Uhr, im Restaurant Gesellenververkehr, Steinstraße 2/4. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1908. 2. Neuwahl der örtlichen Verwaltung. 3. Kartellbericht und Kartell-Delegiertenwahl. 4. Verschiedenes. — Es ist dringend nötig, daß sämtliche Mitglieder in dieser Versammlung erscheinen.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Waldheim:** Montag, den 18. Januar, abends ½9 Uhr, im Schweizertal. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1908. 2. Jahresbericht. 3. Neuwahlen a) der Verwaltung b) der Delegierten zum Gewerkschaftskartell. 4. Interne Verbandsangelegenheiten. 5. Sonstiges — Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt notwendig und sieht demselben entgegen

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Rahden:** Sonntag, den 24. Januar, beim Gastwirt Wiegmann in Kleinendorf. Tagesordnung: 1. Hebung der Beiträge. 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1908. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Bericht vom Kongreß. 5. Verschiedenes.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Speyer a. Rh.:** Sonntag, den 10. Januar, nachmittags 3 Uhr öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung im Kleinen Storchenkeller. Tagesordnung: Stellungnahme zu dem Kongreß in Berlin resp. Wahl eines Delegierten hierzu.

Hierauf außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Kartellbericht. 3. Neuwahl des Gesamtausschusses. 4. Verschiedenes. — Allseitiges Erscheinen ist dringend notwendig.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Arbeits-Nachweis.

Braunschweig: Gesucht wird ein **Zigarrenmacher**, welcher auch sortieren kann. Auch eine **Wickelmacherin** auf Formarbeit, Lohn 3.50 bis 4.— Mk. Beide Stellen sind im 3. Gau, nicht in der Stadt Braunschweig. Anfragen bitte mit dem Verbandsstempel versehen zu lassen.

Näheres durch den Arbeitsnachweisleiter **Wilh. Jansen, Braunschweig**, Mandelnstraße 5, I.

Bischofswerda. Die von auswärts nach hier steuernden Mitglieder wollen die Beiträge bis 15. Januar einsenden, da die Abrechnung fertiggestellt werden muß.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: **Hamburg-Uhlenhorst**, Mozartstraße 5, I.
Ausschuß: O. Sidow, Brandenburg a. H., Steinstraße 22.
Schiedsgericht: L. Dechand, Berlin N., Ruheplatzstraße 24.

Eingegangen: Neuses 150.—, Pölzig 90.—, Hochdorf 100.—, München 50.—, Heidingsfeld 70.— Mk.

Sterbekasse: Verden 53.—, Pölzig 10.—, Heidingsfeld 10.35 Mk.

Zuschüsse: Offenbach 70.—, Braunschweig 100.— Mk.

Krankengeld: 30.20 Mk.

Hamburg, den 4. Januar 1909. **P. Otto.**

Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!

meiner besten Ueberzeugung für oder gegen das Gesetz. Dies gilt um so mehr, wenn es sich, wie vorliegendenfalls, um die verschiedensten Steuergesetze handelt, die zusammen eine einheitliche Finanzreform darstellen und wo voraussichtlich Kompromisse bezüglich der einzelnen Steuern zwischen den Parteien geschlossen werden müssen.

Ich will Ihnen jedoch, ohne mich bezüglich meiner endgültigen Abstimmung irgendwie zu binden, meine derzeitige persönliche Ansicht über die Tabaksteuer nicht vorenthalten. Ich bin der Ansicht, daß bei der bevorstehenden Finanzreform auch **der Tabak als Steuerobjekt mit herangezogen werden muß**, dagegen halte ich die von der Regierung vorgeschlagene Form der Banderolesteuer im Interesse der Zigarrenindustrie, insbesondere der kleinen und mittleren Zigarrenfabrikanten, der Tabakarbeiter, vor allem der Heimarbeiter und Hausarbeiter, nicht für die richtige und bin der Meinung, daß eine andre minder schädliche und in die Interessen der Tabakindustrie weniger tief eingreifende Besteuerungsform gesucht werden muß.

Hochachtungsvoll

Ratssyndikus Linck, M. d. R.

Herr Linck charakterisiert sich in seinem Antwortschreiben als einer jener Kompromißhelden, die eine Mehrheit für die Regierung bilden, wenn kein energischer Widerstand ihrer Wähler oder irgendein zwingender Umstand sie davon abhält. Jetzt, wo die Banderolesteuervorlage infolge der starken Volksopposition fallen muß, fällt es dergleichen unsicheren Kantonisten leicht, sich als Gegner des Gesetzentwurfs aufzuspielen. Aber der Aerger darüber macht sich in dem protzigen Ausspruch Luft: Und der Tabak muß doch bluten! — Zwar werden sich die Wähler bis zu den nächsten Wahlen das merken, aber in einer einzigen Legislaturperiode kann so ein Abgeordneter doch ungeheuren Schaden anrichten.

*

Reichstagsabg. Dr. Contze, nationalliberal, sprach in Bünde, Westfalen, über die Reichsfinanzreform, speziell über die Tabaksteuervorlage und äußerte dabei unter anderem:

70 Millionen wolle der Staat diesmal mehr aus dem Tabak pressen — richtiger gesagt 130 Millionen. Ob es gelingen wird? Die Banderole wird, so meinte Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Contze, wohl in der Kommission begraben werden. Die Gefahr sei damit natürlich noch nicht beseitigt, da man dann wohl zur Gewichtssteuer seitens der Regierung greifen würde. Um auch gegen diese den Kampf führen zu können, richtete er besonders an die Veteranen der Arbeit, welche die Miseren der Steuerbelastung Anfang der 80er Jahre mitgemacht haben, die Bitte, ihm Material zur Verwendung im Reichstag zu geben. Zum Schluß mahnt Redner nochmals zur Einigkeit im Kampf gegen die Steuervorlage, damit kein Keil in die Bewegung getrieben und keinerlei Zwietracht gesät werde zwischen Fabrikanten und Arbeitern, sondern treu auszuhalten zum Wohl der Tabakindustrie.

*

In Osnabrück sagte in einer großen Protestversammlung der Zentrumsabgeordnete Dr. Bitter:

Da ich nach Prüfung der Vorlage ein entschiedener Gegner der Banderole bin, so wird mir die Ausführung des erteilten Auftrages um so leichter sein. Wenn uns Vorlagen gebracht werden, die so tief in das wirtschaftliche Leben einschneiden, so fragen wir, sind sie geeignet, Wunden zu heilen, oder noch zu verschärfen. Wenn wir diesen Maßstab bei der gegenwärtigen Vorlage anwenden, so müssen wir dahin gelangen, daß wir diese Vorlage als die Wunden noch vermehrend betrachten und deshalb als volkswirtschaftlich schädigend bezeichnen.

*

In Lübbecke, wo bekanntlich Kollege v. Elm in einer Versammlung von 2000 Personen über die Tabaksteuervorlage sprach, fand nach Schluß dieser Versammlung eine Besprechung mit den Werkmeistern aus zirka 90 Filial-Fabriken aus dem Kreise Lübbecke statt, in welcher beschlossen wurde, aus jedem Orte mit Zigarrenindustrie Arbeiter-Delegierte, welche möglichst schon das Steuerjahr 1879 mitgemacht haben und aus eigener Erfahrung die unheilvollen Schäden der damaligen Zollerhöhung schildern können, nach Berlin zu entsenden, um dem Mitte Januar nach Wiederzusammentritt des Reichstages tagenden Tabakarbeiterkongreß beizuwohnen und um persönlich auf die Abgeordneten einzuwirken.

*

Resolution des Vereins Ostdeutscher Zigarrenfabrikanten gegen das Tabakverbrauchsteuergesetz.

Die in Breslau versammelten Mitglieder des Vereins Ostdeutscher Zigarrenfabrikanten erheben im Interesse der Allgemeinheit ihre warnende Stimme gegen die von der Regierung beabsichtigte weitere Belastung der Tabakindustrie.

In den östlichen Provinzen sind heute über 25 000 Arbeiter in der Zigarrenindustrie beschäftigt, die sich auf Betriebe von bedeutendem Umfang bis zu den kleinsten herunter verteilen.

Für diese Arbeiter ist die Zigarrenindustrie, die schon heute die hohen Löhne der Großstadt nicht zahlen kann und deshalb gezwungen ist, ihre Betriebe in die kleinen Städte und auf das flache Land zu verlegen, mangels andrer Industriezweige oft die einzige Arbeitsgelegenheit und Erwerbsquelle und gewährt gerade der ärmsten Bevölkerungsklasse auskömmlichen Unterhalt.

Ueber 80 Prozent aller Zigarren bewegen sich in der Preislage bis zu 6 Pfg. Die Raucher derselben sind die wirtschaftlich schwächsten Elemente, denen ihr Einkommen nur einen engbegrenzten Geldaufwand für den Rauchgenuß gestattet.

Durch die geplante enorme Verteuerung des Rauchgenusses muß unfehlbar ein erheblicher Rückgang des Zigarrenkonsums eintreten und eine bedeutende Arbeiterentlassung muß die unausbleibliche Folge davon sein.

Die Banderolesteuer wird bei den strengen Vorschriften dahin wirken, daß eine Zentralisierung der großen Betriebe eintritt. Dadurch würde vielen Ortschaften und Gewerbetreibenden ihre bisherige Einnahmequelle und vielen Arbeitern ihre einzige Arbeitsgelegenheit entzogen werden.

Nur die Großbetriebe könnten — allerdings auch nur unter dem schweren moralischen Druck, den eine dauernde steuerliche Ueberwachung ausübt — die aus der Banderole auch für sie entstehenden Schädigungen überdauern.

Im Gegensatz hierzu werden die kleineren und kleinsten Gewerbetreibenden — also gerade die wirtschaftlich Schwächsten — aus ihrer bisherigen bescheidenen Selbständigkeit gedrängt werden.

Das große Heer der Detailverkäufer, die ohnehin heute schon schwer zu kämpfen haben und zu der großen Gruppe des Mittelstandes gehören, würden aber durch die Einführung der Banderolesteuer und den sich hieraus ergebenden Schäden dem sicheren Ruin entgegengeführt werden.

Rundschau.

Der Arbeiterinnenschutz. Der Abschnitt aus der Novelle zur Gewerbeordnung, der in Anknüpfung an die Beschlüsse der Berner Konvention die Frauenarbeit neu regelt, ist bekanntlich vom Reichstage vorweg zur endgültigen Erledigung gebracht worden. Der Bundesrat hat ebenfalls dem Gesetzentwurfe in der vom Reichstage beschlossenen Form zugestimmt. Das so gestaltete Gesetz ist bereits vom Kaiser vollzogen worden und wird in den nächsten Tagen im Reichsgesetzblatte veröffentlicht werden.

Die Nachlaßsteuer und die Konservativen. Bekanntlich haben die Konservativen die Nachlaßsteuer, wie überhaupt direkte Reichssteuern, bisher sehr energisch bekämpft. Gegen die Nachlaßsteuer besonders die ländliche Bevölkerung mobil zu machen, waren sie seit Monaten bemüht. Jetzt erklärt das führende Organ der konservativen Partei, die Kreuzzeitung, daß „die Konservativen im Reichstage sich zu jedem Opfer bereit erklärt haben; wenn sie auch die Form, in der nach Ansicht der verbündeten Regierungen direkte Steuern für das Reich herangezogen werden sollen, nicht billigen, so werden sie doch eine andere Form vorschlagen und in der Sache selbst nicht auf den alten Parteigrundsätzen bestehen, um nicht einer Einigung mit den Liberalen unüberwindliche Schwierigkeiten zu bereiten, und wir vertrauen, daß diese es ebenso halten werden.".

Danach könnte es scheinen, als wolle die Kreuzzeitung einen Wandel in der Stellungnahme der Konservativen zu der Frage der direkten Steuern ankündigen oder vorbereiten. Es wird abzuwarten sein, ob die Konservativen im Reichstage der Weisung der Kreuzzeitung folgen werden.

Parteisekretäre. Die Sekretäre der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften sind bekanntlich von seiten der bürgerlichen Parteien oft in recht gehässiger Weise angegriffen worden. In der letzten Zeit haben aber diese Parteien erkannt, daß die Sekretariate eine im Parteileben und Gewerkschaftswesen unentbehrliche Einrichtung sind. Sie haben angefangen, sich auch solche „Sekretäre" zuzulegen. Jetzt schreibt die nationalliberale Rheinisch-Westfälische Zeitung:

„Die Partei hat aus langer Erfahrung gelernt, welchen Wert solche, die agitatorische Arbeit auch in politisch ruhigen Zeiten lebendig erhaltende berufsmäßige Parteibeamte besitzen. Nicht nur für die Wahlzeit erfüllen sie ihren Zweck, viel wertvoller und unentbehrlicher ist ihre Kraft für die Zeit zwischen den Wahlkämpfen. In der Zeit der Wahlagitation finden sich zur Not noch freiwillige brauchbare agitatorische Kräfte in hinreichender Zahl, aber in der Zwischenzeit geschieht zumeist wenig oder gar nichts, da die freiwilligen Helfer schon genügend Opfer bringen müssen, wenn sie während der Wahlbewegung Zeit und Kraft für die Partei einsetzen. Gerade in den ruhigen Zeiten kann aber am nachhaltigsten gewirkt und der Kampf am zweckmäßigsten vorbereitet werden. Das ist die Zeit nicht nur der Sammlung und Schulung der Parteifreunde, sondern auch der genauen Sondierung des Terrains, der Erkenntnis, wo schwache Punkte sind, auf die im Wahlkampfe besondere Aufmerksamkeit gerichtet werden muß, wo die Schwächen und Stärken der verschiedenen Gegner liegen u. dergl. m."

Die Kreuzzeitung bekennt sich ebenfalls zu dieser Auffassung. Sie erklärt: „Wir haben schon wiederholt unsere Freunde im Lande auf den hohen Wert solcher ständig wirkenden Parteibeamten aufmerksam gemacht. Je mehr andere Parteien sich der Parteisekretariate bedienen, um zum Wahlkampfe wohlgerüstet auf den Plan treten zu können, um so mehr wird es auch für die Konservativen zur Notwendigkeit, diese Einrichtung, die ja stellenweise schon geschaffen ist und sich bewährt hat, in größerem Umfange auszubauen."

So ahmen also die bürgerlichen Parteien das „böse Beispiel" der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften nach.

Staatliche Arbeiterfürsorge. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter im Artilleriedepot und im Proviantamt in Metz sind nicht die besten. Nach zehnjähriger Dienstzeit beziehen sie 3.70 Mk. pro Tag, ein sehr niedriger Lohn bei den teuren Lebens- und Wohnungsverhältnissen in der großen Garnison und Festung Metz. Trotz mehrfacher Petitionen wurde die Lage der Arbeiter nicht verbessert. Endlich schlossen sich diese zur besseren Wahrung ihrer Interessen in einen Verein zusammen. In den verschiedensten Garnisonstädten wurde nun Material zu einer neuen Petition gesammelt. Als die Verwaltung von diesem „Treiben" Kenntnis erhielt, bestimmte sie, „daß von der Einstellung Personen ausgeschlossen seien, die sozialdemokratischen oder staatsfeindlichen Bestrebungen Vorschub leisteten, oder von denen anzunehmen ist, daß sie den Frieden zwischen der Behörde und den Arbeitern oder den Arbeitern untereinander stören". Mit dieser Maßregel wurde die Lage der Arbeiter nicht gebessert. Schließlich wandten sie sich an das Kriegsministerium nach Berlin. Auf dessen Anweisung wurden die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter geprüft und ein Plan für eine Arbeiterwohnungskolonie entworfen. Und nun die Preise für die Wohnungen: Ein Zimmer mit Küche, Gärtchen, Speicher und Kellerraum kostet 22 Mk. monatlich, 2 Zimmer und Zubehör 33 Mk., 3 Zimmer mit Zubehör 44 Mk. monatlich. Das sollen nun billige Wohnungen sein; sie erschienen den Arbeitern so billig, daß sich kein einziger als Mieter für die Wohnungen meldete. — Eine solche Fürsorge ist eben nichts weiter als eine Komödie.

Die Arbeiten der Gewerbeordnungs-Kommission. In einem Bericht aus der Gewerbeordnungs-Kommission des Reichstags teilte die Westdeutsche Arbeiterzeitung am 21. November 1908 mit, daß das Zentrum besonders für die Arbeiterinnen sorgen wollte und hierbei auf den Widerstand der Sozialdemokratie gestoßen sei. Wie lag die Sache? Zu § 137 der Gewerbeordnung lagen folgende Anträge vor:

1. Antrag Hitze: im § 137 folgenden Absatz 5 einzufügen: „Verheiratete Frauen dürfen höchstens 9 Stunden täglich, am Sonnabend höchstens 6 Stunden beschäftigt werden."
2. Ein Antrag unsrer Genossen: für alle weiblichen Arbeiter den Achtstundentag einzuführen.

Bei der Debatte teilten die Zentrumsvertreter mit, daß die katholischen Fabrikanten in München-Gladbach überhaupt keine verheirateten Frauen beschäftigen. Für diese war also die „Wohltat" überhaupt nur eine überflüssige Bestimmung. Unsre Genossen bekämpften die Regierungsvorlage die vom 1. Januar 1910 ab den Zehnstundentag für Frauen einführen will weil schon 1902 mehr als die Hälfte der Frauen den Zehnstundentag hatten und 1910 wohl nur das im Gesetz ausgedrückt wird, was tatsächlich besteht. Sie verteidigten ihren Antrag, der den Achtstundentag fordert, mit dem Hinweis auf England, wo man 1833 den Zwölfstundentag, 1844 den Elfstundentag und 1850 den Zehnstundentag eingeführt habe. Erheblich größer aber als in den Jahren 1833 bis 1850 die technische Entwicklung in England gewesen sei, sei in den Jahren 1891 bis 1910 die Entwicklung in Deutschland gewesen. In England werde tatsächlich nur 56 Stunden in der Woche gearbeitet. Wenn man in einem Freihandelsland mit 56 Stunden in der Woche konkurrieren könne, dann könne man in einem Lande mit so hohen Schutzzöllen, wie Deutschland sie habe, den Achtstundentag bewilligen. Mit der Differenzierung, indem man für einen geringen Bruchteil der weiblichen Arbeiter einen Neunstundentag vorschreibe, schädige man diese, indem sie schwerer Arbeit finden, als die unverheirateten Arbeiterinnen. — Das fromme Blatt verschweigt, daß der Antrag, den Achtstundentag einzuführen, vorgelegen, und die Zentrumsabgeordneten dagegen gestimmt haben. Es verschweigt, daß die Vertreter des Antrags Hitze mitgeteilt, daß die katholischen Fabrikanten in München-Gladbach überhaupt keine verheirateten Frauen beschäftigen, also für diese der Antrag Hitze eine nichtssagende Heuchelei war. — Wenn unsre Genossen dafür stimmten, daß an Vorabenden von Sonn- und Feiertagen den Frauen, die ein Hauswesen zu besorgen haben, des Sechsstundentag bewilligt wird, dann geschah es in der Absicht, es dahin zu bringen, daß die Reinigungsarbeit, die jetzt oft am Sonntag getan wird, am Sonnabend besorgt werden soll.

Die Agrarier und die Freizügigkeit. Seit Jahren schmieden die Agrarier immer neue Pläne gegen die Freizügigkeit. Bald auf die eine, bald auf die andere Weise versuchen sie es, ihrem Ideal, der Wiedereinführung der Hörigkeit, näher zu kommen. Nun hat ein Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat, selbstverständlich ein Junker, mit Namen Hugo v. Knebel-Döberitz, ein neues Mittel ersonnen, um den Agrariern leibeigene Feldsklaven zu erhalten: die Deutsche Tageszeitung des Kanten-Oertel findet die Vorschläge „sehr beachtenswert" und gibt, nachdem sie die Gründzüge wiedergegeben hat, der Forderung Ausdruck, daß die bisherigen „Auswüchse der Freizügigkeit" unbedingt beschnitten werden müßten. Der dem Vorschlage des Herrn v. Knebel-Döberitz zugrunde liegende Gedanke sei gut und beachtenswert.

Was schlägt nun dieser Herr eigentlich vor? Er verlangt nichts Geringeres, als daß den jugendlichen Landarbeitern gesetzlich verboten werden solle, vor dem 18. Jahre, ebentuell vor Erreichung der Mündigkeit, in die Großstädte zu verziehen. Unter Großstädten versteht er Städte, die mehr als etwa 30000 Einwohner zählen. Dies Verbot der Freizügigkeit müsse namentlich für die Gegenden mit vorherrschendem Großgrundbesitz, d. h. einem Besitze von über 100 Hektar, durchgeführt werden. Natürlich soll sich nach dem Vorschlage das Verbot nicht auf sämtliche jungen Leute erstrecken, sondern nur auf die Kinder ländlicher, nicht angesessener Tagelöhner und solcher Kleinbauern, die wegen des geringen Umfanges ihres Besitztums Lohnarbeit suchen müssen.

Der Vorschlag des Wirklichen Geheimen Oberregierungsrats läuft also auf nichts anderes hinaus, als dem Ausbeuterinteresse des Großgrundbesitzes eine neue Form der Hörigkeit für die Kinder des Landproletariats einzuführen. Ein Vorschlag, der durch seine Unverfrorenheit geradezu verblüfft, aber gerade deshalb in dem Organe unserer brot- und fleischwuchernden Landwirte den lebhaftesten Beifall findet. Und in der Blockära der liberalen Knechtseligkeit ist die Verwirklichung eines derartigen Planes gar nicht einmal ohne weiteres ausgeschlossen.

Die Steuerscheu der Besitzenden. In einem Artikel der neuesten Nummer der Internationalen Wochenschrift veröffentlicht der nichts weniger als radikale Göttinger Prof. Gustav Cohn einen Artikel zur Reichssteuerreform, in dem er den besitzenden Klassen einen bedenklichen Mangel an Pflichtgefühl vorwirft. So schreibt er:

Eine konservative Partei, deren Steuerideale in einer ausgiebigen Entwicklung der Bier-, Tabak- und Börsensteuern gipfeln, die über jede andre Last, welche dazu geeignet ist, die Schultern der kräftigeren Schichten zu treffen, und die man ihr mühsam abgerungen hat, sich in endlosen Klagen ergeht, die das ihrige dazu tut, sie durch die Art der Veranlagung herabzudrücken — eine solche Partei paßt nicht in einen Kulturstaat des zwanzigsten Jahrhunderts hinein.

Wenn Professor Cohn im Anschluß daran dem Agrariertum gegenüber das höhere Pflichtgefühl des mobilen Besitzes in Sachen der Steuerleistung hervorhebt, so mag das ja der Steuerscheu des Agrariertums gegenüber immerhin berechtigt sein; jedoch beweist die Stellung auch der liberalen Parteien gegenüber den Steuerplänen der Regierung, wie wenig das Pflichtgefühl auch in den Kreisen des mobilen Kapitals entwickelt ist! Denn selbst der Freisinn hat nicht den mindesten Versuch gemacht, an die Stelle der den Konsum der breiten Massen belastenden indirekten Steuern direkte Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuern zu setzen. So berechtigt daher auch das Urteil des Professors Cohn über den Mangel an Pflichtgefühl gerade der konservativen Schichten ist, so angebracht wäre die Ausdehnung dieses Urteils auf unsre gesamte besitzende Klasse gewesen!

Die Zusammenlegung drr Versicherungsgesetze soll auch endlich die längst geforderte Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten bringen. Man hofft dadurch günstig auf die ländliche Armenpflege einzuwirken. Wenn im übrigen richtig ist, was jetzt über den Inhalt des Gesetzes, betreffend den zukünftigen Ausbau der Versicherungseinrichtungen, in die Oeffentlichkeit dringt, dann sind ganz wesentliche Verschlechterungen zu erwarten. Die Senate beim Reichsversicherungsamt sollen statt mit 7 nur noch mit 5 Richtern besetzt werden. Das Reichsversicherungsamt selbst soll nur wegen formaler Mängel des Verfahrens angerufen werden können. Die Autonomie der Krankenkassen wird nicht angetastet. Dagegen enthält der Entwurf verschiedene Bestimmungen über die Befähigung der Krankenkassenbeamten. Bei der Witwen- und

Beilage zum Tabak-Arbeiter.

Nr. 2. Sonntag, den 10. Januar 1909

An die Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen.

Der Schlag, der von seiten der Regierung und der Mehrheit der Parteien durch Einführung der Zigarettenbanderolesteuer vor zwei Jahren den in dieser Branche beschäftigten Arbeitern versetzt wurde, soll sich nun in verschärfter Form wiederholen. Man verläßt sich dabei auf die schwache Widerstandskraft der Arbeiterschaft, was leider gar nicht dumm gerechnet ist, weil diese Arbeiterkategorie nur in minimaler Zahl den Wert der Organisation begriffen hat. Von seiten der Unternehmer wird diese Rückständigkeit in der rücksichtslosesten Art und Weise ausgenützt. Die Lohnreduktionen, die seit Einführung der Banderolesteuer fast überall systematisch durchgeführt wurden, werden jetzt angesichts der drohenden neuen Steuererhöhung wieder versucht. Ferner suchten die Fabrikanten die Herstellung der Zigaretten mit Maschinen zu bewerkstelligen, was wohl die Herstellungskosten ganz bedeutend vermindert, aber die Qualität mehr verschlechtert, so daß der Wert der Maschinenzigaretten dadurch weiter zurückgesetzt wird, als die ersparten Kosten für Handarbeit ausmachen. Aus diesem Grunde beschränkten sich die Fabrikanten auch mit dieser Herstellungsart auf die billigen Zigaretten.

Es ist aber jetzt schon in verschiedenen Fabriken angekündigt worden, daß, falls die Banderolesteuererhöhung Gesetz wird, dann die besseren Sorten in Zukunft auch mit Maschinen angefertigt werden sollen. Für die Arbeiterschaft würde das eine ganz enorme Arbeitslosigkeit zur Folge haben, denn in Fabriken, wo jetzt ungefähr 20 Arbeiter beschäftigt werden, würden nach Anschaffung einer Maschine höchstens noch 4 oder 5 Arbeiter nötig sein. Rücksicht kennt man da weder der Arbeiterschaft noch den Konsumenten gegenüber. Man kann ja dieselbe Zigarette zu dem gleichen Preis in den Handel bringen, und die verschlechterte Qualität läßt sich der Konsument schließlich gefallen, zumal man ja das größte Schweigen über die Herstellung durch Maschinenarbeit beobachtet.

Es liegt nun einzig an der Arbeiterschaft, diese schmutzige Konkurrenz, welche die Maschinenzigarette der Handarbeitszigarette macht, einmal öffentlich an den Pranger zu stellen. Fabriken, welche Maschinen- und Handarbeitszigaretten zugleich herstellen, müssen in den Tageszeitungen ab und zu der Oeffentlichkeit bekanntgegeben werden, zur Warnung für Händler und Konsumenten. Wir Zigarettenarbeiter haben das Gefühl, daß jetzt schon von mancher Fabrik den Händlern und folglich auch den Konsumenten schlechte Maschinenzigaretten als gute Handarbeitszigaretten aufgepackt werden.

Wenn so Regierung und Unternehmer Hand in Hand arbeiten an der Auspowerung der Arbeiterschaft, so gibt es kein andres Mittel, als einen einheitlichen Zusammenschluß in der Organisation, um den Kampf mit beiden Gegnern aufnehmen zu können. Mit aller Gewalt muß der Schmutzkonkurrenz auf den Leib gerückt werden, damit wenigstens die unlauteren und schäbigen Mittel, die man anwendet, um der Arbeiterschaft immer wieder etwas vom Lohn abzuzwacken, zu schanden gemacht werden. H. W.

Gewerkschaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Barnstorf. Die Aussperrung bei der Firma Runnebaum u. Co. dauert unverändert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

Sommerfeld. Der wegen Lohnabzugs in Höhe von 1 Mk. bis 1.50 Mk. pro Mille ausgebrochene Abwehrstreik bei der Firma Paul Würbel dauert fort. Kollegen, meidet diesen Betrieb.

Kottbus. Die Firmen A. Bemmann, C. Pusch, B. Segal, P. Stoy und Gebr. Wieland haben auch heute noch nicht bewilligt, weshalb der Streik fortdauert. Vor Zuzug nach Kottbus wird deshalb gewarnt.

Nürnberg. Der Abwehrstreik bei der Firma Luber u. Co. dauert fort. Jeder anständige Kollege wird diesen Betrieb bis auf weiteres meiden.

Hamburg. Die bei der Firma S. Eleftheriades u. Comp. (Zigarettenfabrik) beschäftigten Zigarettenarbeiter traten in den Ausstand, da die Firma die Löhne pro Mille um 25 Pfg., bei einer Sorte um 50 Pfg. zu kürzen gedachte. Der Zuzug ist fernzuhalten.

Frankfurt a. M. Der Streik bei der Firma Lypstadt u. Co. ist wegen der Streikbrecher für abgebrochen erklärt.

Kl.-Welzheim. Der Streik bei der Firma „Vereinigte Mitteldeutsche Zigarrenfabriken" dauert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

Eilenburg. Die hier eingeleitete Lohnbewegung hatte den Erfolg, daß in sieben Betrieben Lohnzulagen in Höhe von 50 Pfg. bis 1 Mk. pro Mille erzielt wurden. In den übrigen drei Betrieben konnte eine Lohnzulage nicht erzielt werden, da die dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen schwach organisiert waren und daher den Mut nicht fanden, vorzugehen. Hoffentlich entwickeln sich die Organisationsverhältnisse auch in diesen drei Betrieben und veranlassen, daß das Versäumte bald nachgeholt werden kann.

Mühlberg a. Elbe. Die Firma Ernst Plandt bewilligte, nachdem die Arbeiter vorstellig geworden waren, eine durchschnittliche Lohnzulage von 50 Pfg. pro Mille.

Fraustadt (Posen). Bei der Firma Schwalbe u. Sohn in Fraustadt, die noch Rollerlöhne von 35 Pfg. und Wickellöhne von 20 Pfg. pro Hundert zahlt, verlangt die Kollegenschaft die Wiedereinstellung eines Kollegen, der plötzlich entlassen wurde, weil er die Schuld daran trage, daß die Mitarbeiter sich organisierten. Gleichzeitig verlangen sie eine Erhöhung des Rollerlohns um 2½ bis 7½ Pfg. und des Wickellohns um 5 bis 7½ Pfg. pro Hundert. Es bleibt abzuwarten, ob die Firma die gewiß berechtigten Forderungen der Arbeiter erfüllt, oder ob sie es zum Streik kommen läßt. In letzterem Falle wird das Bestreben der Kollegenschaft darin bestehen müssen, die Firma Schwalbe u. Sohn sowie Fraustadt zu meiden. Besonders aber richten wir an alle Zigarrensortierer das dringende Ersuchen, bei der Firma Schwalbe u. Sohn nicht in Arbeit treten zu wollen.

Stendal. Allen durchreisenden Kollegen diene zur Kenntnis, daß das Umschauen in hiesigen Zigarrenfabriken sowie das Rufenlassen der Bevollmächtigten und Kollegen aus der Fabrik strengstens untersagt ist. In den für die Folge wieder vorkommenden Fällen werden wir die uns zu Gebote stehenden statutarischen Bestimmungen in Anwendung bringen.

Der Arbeitsnachweis für den 3. Gau befindet sich in Braunschweig, Mandelstraße 5, und wollen sich alle arbeitsuchenden Kollegen an diesen wenden.

Zur Steuer der Wahrheit.

Die Deutsche Tabakarbeiterzeitung, das „christliche" Tabakarbeiterorgan, bringt in Nr. 32, Jahrg. 5, einen Bericht aus Hiddenhausen, in welchem mir nachgeredet wird, daß ich in einer Versammlung in Hiddenhausen u. a. ausgeführt hätte:

„Röös, der falsche Judas, der soll mir nur kommen, der ist mir einmal in Bünde auf dem Bahnhof begegnet und hat mir die Hand gedrückt, aber er soll mir nur wieder kommen, dann will ich ihm statt der Hand lieber gehörig eins geben."

Auf diese geradezu ungeheuerliche Unterstellung habe ich zu erklären, daß es mir nicht im Traum eingefallen ist, eine so unsinnige und geschmacklose Redewendung zu gebrauchen. Meine in der Diskussion gebrauchten Worte bezogen sich auf eine auf mich gemünzte üble Nachrede, die seitens christlich organisierter Tabakarbeiter in Hiddenhausen und von Röös geflissentlich kolportiert sein sollen, wie mir in der Versammlung und auch schon vorher von glaubhafter Seite mitgeteilt worden war. Nach diesem Gerücht — in die Welt gesetzt, um Mitglieder für die Christlichen zu fangen — soll ich die Arbeiter einer Filialfabrik der Firma Bellmer u. Bockhorn in Hiddenhausen „hintergangen und verraten" haben. Nach Klarstellung dieser Angelegenheit forderte ich die anwesenden „Christen" auf, die Verleumdungen einmal zu wiederholen, und in bezug auf Röös führte ich dann aus, daß ich ihn, der mir gegenüber so freundschaftlich tue, wie auch in dem angezogenen Falle auf dem Bünder Bahnhof, als einen Judas bezeichnen müsse, vorausgesetzt, daß er sich dieser abscheulichen Verleumdung schuldig gemacht habe. Sollte er eine derartige „brüderliche" Begrüßung zu wiederholen versuchen, so möge er sich gegenwärtig halten, so behandelt zu werden, wie es ihm gebühre. Wer einen andern wissentlich verleumdet und ihn doch „freundschaftlich" begrüßt, verdient eine Behandlung, wie sie anständigen Menschen nicht zukommt.

Es heißt dann weiter an einer andern Stelle des Berichts, daß meinerseits ausgeführt sei:

„Wenn Behrens, Wallbaum oder so ein Röös einmal wieder nach hier kommen und wollen sich hierher stellen, wo ich jetzt stehe, dann müssen Sie das als Hiddenhauser nicht zulassen."

Auch in diesem Falle haben wir es, gelinde gesagt, mit einem falschen Bericht zu tun. Die Ausführungen in meinem Referat gipfelten nicht darin, den Hiddenhäusern zu empfehlen, Behrens, Wallbaum und Röös, wenn sie wieder einmal nach Hiddenhausen kämen, nicht zuzulassen, sondern darin, ihnen zu sagen, daß sie gar kein Recht hätten, sich in der Tabaksteuerfrage in so rührender Weise als Retter in der Not zu preisen, denn die politischen Parteien, denen sie angehörten und für die sie mehr oder weniger wirkten, seien es gerade, die die Tabaksteuergefahr heraufbeschworen hätten, indem diese in ihrem Bewilligungseifer alle Forderungen der Regierung in Heeres-, Marine- und Kolonialfragen gutgeheißen hätten und auch für die Folge gutheißen und so den finanziellen Dalles des Reiches mit verschuldeten. Anhänger von Parteien, die so handelten, könnten als Schützer der Tabakinteressenten und damit auch der Tabakarbeiter nicht angesehen werden und hätten damit das Recht verwirkt, so angesehen zu werden, als wenn sie das Beste der Tabakarbeiter wollten.

So klingt es anders, und so entspricht es auch der Wahrheit, wie jeder Versammlungsteilnehmer, der noch Sinn für Recht und Wahrheit sich bewahrt hat, zugeben wird.

Alles übrige im Bericht Erwähnte betrachte ich als eine vom Berichterstatter zurechtgeknetete geistige Kost, die man höchstens „Christlichen" vorzusetzen wagen darf und Personen, die nur ein Interesse daran haben, die Tabakarbeiterschaft zu zersplittern.

Bremen. K. Deichmann.

Berichte.

Berghaupten (Baden). Hier tagte am 27. Dezember v. J. eine Mitgliederversammlung. Der Gauleiter Ad. Heising referierte über: Die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen und die Stellungnahme der Arbeitgeberverbände zu denselben. Am Produktionsprozeß nehmen beide teil, Arbeiter wie Arbeitgeber, erstere in einer gewaltig größeren Anzahl wie die Arbeitgeber. Die Arbeitgeber schaffen vermöge ihres Kapitals die Rohstoffe herbei, die oftmals im Verhältnis zu dem Kaufpreis der verfertigten Waren geringe Werte präsentieren. Hieraus ergibt sich naturgemäß, daß die Arbeitskraft der Arbeiter und Arbeiterinnen den wichtigsten Bestandteil im Produktionsprozeß bildet. Trotz dieser wichtigen Tatsache bilden die Arbeitslöhne nur einen kleinen Bruchteil vom Profit, oftmals nur so viel, daß es zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig ist. Diese mißlichen Zustände zu ändern und bessere Lohnverhältnisse herbeizuführen, sei die wichtigste Aufgabe der Arbeiterorganisationen, im Interesse ihrer Mitglieder und der Arbeiter im allgemeinen. Das habe keine Klasse besser erkannt als die der Arbeitgeber, deshalb habe man Arbeitgeberorganisationen ins Leben gerufen, vermittels deren man die Arbeiterschaft knechten und knebeln und ihre Organisationen vernichten wolle. Diese Kampfesmethode brauche das Arbeitgebertum am liebsten in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges, der Krisis, in der wir uns momentan befinden und die so gewaltig auf der Arbeiterklasse lastet. In solchen Zeiten sei es aber ein Gebot der Vernunft, daß die Leiter der Arbeiterverbände äußerste Vorsicht und Klugheit walten lassen. Redner bespricht hierbei die Aussperrungsgelüste in der Metall- und Eisenindustrie im Mannheimer Bezirk und hält es für äußerst verwerflich, wenn sich die Arbeiter durch die Trabanten der Arbeitgeber gegen ihre Führer aufhetzen lassen. Dem Arbeitgebertum sei am besten beizukommen, wenn der Geschäftsgang ein flotter sei, **deshalb müsse in der jetzigen Zeit für Munition gesorgt und nicht das Geld der Arbeiter für aussichtslose Kämpfe verzettelt werden.**

Was die Vorkommnisse im Walterschen Betrieb betreffen, so sind diese aus dem Grunde entstanden, die junge Organisation am Orte zu schädigen; traurig sei es, daß sich Arbeiterinnen zu Handlangerdiensten von ihrem eignen Bedrücker gebrauchen lassen und mit Lügen und Klatschereien operieren, wie das leider geschehen sei. Dem Herrn Walter müsse er, Redner, jedoch begreiflich machen, daß eine Strafe von 1 Mk., die er über eine Arbeiterin verhängte, bei solch niedrigem Verdienste gegen die Bestimmungen im Arbeitsvertrage verstoße; er wolle einstweilen annehmen, daß, wenn der Herr davon unterrichtet sei, er aus Gerechtigkeitsgründen die Mark wieder zurückerstatte. (Allgemeine Zustimmung.) Ganz besonderer Aufmerksamkeit erfreue sich die junge Organisation seitens der Kapläne von Gengenbach und Berghaupten, letzterer, wie er erklärte, auf Anweisung des Kaplans in Gengenbach, der allwöchentlich 1 Dutzend Sozialisten verspeise, die aber alle noch umherlaufen und guten Mutes sind. Die Fortschritte des Freien Verbands gingen dem Herrn Seelsorger ganz und gar wider den Strich, deshalb habe er sich als Retter in der Not den Organisationsvernichter Herrn Honig, früher im Hirsch-Dunckerschen Verband, kommen lassen, der die Organisation wieder auseinandertreiben solle, wie man ihm, Redner, mitgeteilt habe. (Allgemeine Zurufe: wir bleiben, wo wir sind und lassen uns nicht verkaufen! Das haben wir dem Pfarrer direkt ins Gesicht gesagt, daß wir 27 Personen stark sind!) Redner schloß seine Ausführungen mit einem warmen Appell, für weitere Ausbreitung der Organisation zu sorgen und ihn von allen Vorkommnissen sofort in Kenntnis zu setzen. Der erste Bevollmächtigte teilte mit, daß alle Beiträge pünktlich eingegangen seien und die Abrechnung für das letzte Quartal gleich nach dem Neujahrtage gemacht werde.

Biebrich. Als Delegierter für den Berliner Tabakarbeiterkongreß für Biebrich-Wiesbaden-Mainz wurde Kollege Schrempp gewählt.

Dahme (Mark). In einer im Restaurant Kaisergarten stattgefundenen öffentlichen Protestversammlung der Interessenten des Tabakgewerbes referierte Kollege W. Börner-Berlin über die ruinöse Wirkung der Tabaksteuervorlage. Redner schilderte in anschaulicher Weise die Bewegung in der Tabakbesteuerung von ihren ersten Anfängen bis zur jetzigen Banderolesteuervorlage. Er erklärt es als einen Schlag ins Gesicht der Tabakarbeiter, wenn die Regierung immer mit neuen derartigen Projekten kommt. Ohnehin gehören die Tabakarbeiter schon jetzt zu den am schlechtesten entlohnten Industriearbeitern. Wie viel mehr noch würden sie durch diese neue unerhörte Belastung heruntergedrückt werden. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag nahm die Versammlung eine Protestresolution an den Reichstag einstimmig an. Dieselbe ist dem Abgeordneten des Kreises, Herrn v. Oertzen, zugesandt worden. Derselbe hatte auf eine Einladung zur Versammlung sich nachträglich wegen Krankheit entschuldigt. Gleichzeitig wurde eine Resolution an die städtischen Körperschaften folgenden Inhalts beschlossen:

An den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung zu Dahme (Mark).

„Die im Restaurant Kaisergarten zu Dahme versammelten Interessenten des Tabakgewerbes ersuchen die städtischen Körperschaften, unverzüglich bei Reichsregierung und Reichstag gegen die projektierte Mehrbelastung des Tabaks vorstellig zu werden, da dieselbe geeignet ist, eine blühende Industrie zu ruinieren, wodurch auch Dahme schwer getroffen würde, indem durch die hervorgerufene Arbeitslosigkeit die Armenlasten bedeutend steigen und die Steuererträge niedriger werden würden.

Die Kommission zur Bekämpfung der Tabaksteuer."

Und was sagten nun die Vertreter der Stadt zu der Sache? Nachdem die Resolution dem Magistrat übersandt war, erwarteten wir, dieselbe auf der Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu finden. Aber nichts von alledem. Auf Anfrage eines Stadtverordneten in der Sitzung nach diesem Punkt der Tagesordnung erklärte der Bürgermeister:

„Der Magistrat habe nicht für nötig befunden, diese Resolution auf die Tagesordnung zu setzen, weil sie in solchem Tone abgefaßt wäre, in dem die Arbeiter nicht einmal ihren Herrn Bebel anreden würden. Uebrigens wäre diese Eingabe ja nur von Arbeitern und nicht von den Arbeitgebern gekommen. Sollten letztere sich indes geschädigt fühlen, so würde vielleicht die städtische Vertretung vorstellig werden."

Zum Schluß sagte noch ein Stadtverordneter und Zigarrenfabrikant:

„Ich war in der Protestversammlung im Frühjahre, habe dort die Nase vollgekriegt und besuche eine derartige Versammlung nicht mehr."

Das ist doch gewiß in Hinblick auf die vorstehende Resolution in einer Stadt, wo die Tabakarbeiter mit 500 Köpfen die stärkste Industrie bilden, eine arge Brüskierung dieser Arbeiter. Doch werden die Kollegen von dieser Behandlung gebührend Notiz nehmen. In einer am 21. November stattgefundenen Mitgliederversammlung wurden als Delegierte zu dem am 18. Januar 1909 stattfindenden Tabakarbeiterkongreß die Kollegen O. Mann und A. Herrmann gewählt. Vorstehender Fall zeigt wieder deutlich, daß die Tabakarbeiter sich immer fester zusammenschließen und nur auf sich selbst verlassen müssen. Mögen dann auch noch so harte Kämpfe kommen, sie werden jeden Ansturm zurückweisen. Vereinzelt nichts — vereint alles!

Emmendingen (Baden). Hier tagte am 2. Januar in der Sinnerhalle eine vom Gewerkschaftskartell einberufene öffentliche Protestversammlung gegen die geplante Mehrbelastung des Tabaks. Der Gauleiter Ad. Heising verstand es in einem 1¼stündigen Vortrag, die schädigenden Wirkungen der vorigen Zoll- und Steuererhöhung klarzulegen und wies auf die Gefahren hin, welche der Tabakindustrie drohen durch den von der Reichsregierung unternommenen Anschlag gegen die gesamten Tabakprodukte. In der Diskussion sprachen die Genossen Schwarz und der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells. Letzterer dankte dem Gauleiter Heising für seinen außerordentlich lehrreichen Vortrag und meinte, daß es nicht am rosigsten in der Tabakindustrie aussehe, habe er gewußt, aber solche Verhältnisse, wie sie im Vortrage klargelegt seien, habe er nicht gekannt, die schrien zum Himmel. Hier könne nur mit der Organisation Abhilfe geschaffen werden. In seinem Schlußwort ging der Referent näher auf das Organisationsverhältnis der süddeutschen Tabakarbeiter und der sonstigen Branchenarbeiter ein und brachte zum Ausdruck, daß der Organisationsgeist auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete viel zu wünschen übrig lasse. Die Solidarität müsse mehr beachtet werden als bis jetzt, dann ginge es auch besser vorwärts in bezug auf Verbesserung der Löhne und der Behandlung, wie sie den Arbeitern seitens der Unternehmer zuteil werde. Die politischen wie die gewerkschaftlichen Organisationen müßten sich gegenseitig unterstützen und ergänzen; nur so könne man bessernd eingreifen. Nach der Diskussion wurde eine

Heinrich Franck Berlin N. 54

Brunnenstr. 185.

Telephon Amt III, 4352. — Geschäftszeit: Vormittags 8 Uhr bis abends 7 Uhr, Sonntags 8 bis 10 Uhr vormittags. — Gegründet 1879.

Sehr preiswerte Sumatra-Decken:

Garantiert schneeweisser Brand und nur hochfeine Qualitätsmarken.

Nr.	Preis Mk. verz.	Marke:	Beschreibung:
1463	**1.50**	Deli My / AB	Grosse 3. Länge, Stückblatt, **hell,** prima Geschmack, sehr blattig
1454	**1.80**	Deli My / NO	Vollblatt, 3. Länge, sehr wenig Spickel, **hellbraun,** verkehrt **fahl**
1453	**2.—**	Deli My / NO	Stückblatt, 2. Länge, sehr blattig, **sehr hell,** verkehrt schönstes **fahl**
1452	**2.—**	Deli My / P	Vollblatt, 2. Länge, alter reifbrauner Qualitätstabak
1451	**2.10**	Amsterdam Deli Co	Vollblatt, 2. Länge, mittel- und hellbraun, festes Blatt, guter Geschmack
1413	**2.20**	S & R / Deli	Vollblatt, 3. Länge, hellbraun, sehr reinfarbig, verkehrt sehr hell
1414	**2.30**	Deli My / PG	Lochblatt, 2. Länge, ungemein blattig, **ganz hell,** hervorragend in Brand und Geschmack
1415	**2.40**	DCM / Deli / B 2	Vollblatt, 2. Länge, schönstes **hell**braun, hochfeiner Geschmack
1400	**2.50**	DCM / Deli / LV 3	Vollblatt, sehr grosse 3. Länge, ganz lüstern hell, vorzügliche Deckkraft
1416	**2.60**	LPC	Lochblatt, 2. Länge, fast Vollblatt, grosse Deckkraft, edle hellmatte Farben
1435	**2.70**	Deli My / PG	Vollblatt, grosse 3. wie 2. Länge, lüstern hell, verkehrt sehr hell
1450	**2.80**	Deli My / PG / XL 2	Lochblatt, grosse 2. Länge, wie Vollblatt, breit und zart, ausgesprochen hellfahle reine Farben, denkbar feinster Geschmack, Deckkraft $1^1/_4$ bis $1^1/_2$ Pfd., für grösste Fassons geeignet.

Beordern Sie in Ihrem eigenen Interesse gefl. sofort Proben!

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946. **Neustadtswall 36.** Fernsprecher 3946.

Als Ersatz für den sehr hoch im Preise stehenden Brasil empfehle:

10000 Pfund **Java, Umblatt** und **Einlage,** großblattig und flott am Blatt brennend, feine Qualität, **85** Pfg. Ferner offeriere **12000** Pfund **Carmen,** schlicht **80** Pfg., prima **85** Pfg., doppelt prima **90** Pfg. **Sumatra-Decker,** zweite Vollblatt-Länge, ganz hell und reinfarbig, deckt mit $1^1/_2$ Pfund, tadellos weiß brennend, **350** Pfg.; erste Vollblatt-Länge, wunderbare Farben und Brand, **400—500** Pfg. Ferner empfehle **Sumatra-Decker** von **140—400** Pfg. in allen Farben. **Sumatra-Umblatt** und **Einlage** (Sandblatt) **110** Pfg. **Vorstenland-Decker,** duffbraun **170** Pfg., hellfarbig **220, 250—300** Pfg. **Java-Decker 220—300** Pfg., **Umblatt 100, 110, 120, 130** Pfg., **Umblatt** und **Einlage,** feinste Qualität und flott am Blatt brennend, **95** und **100** Pfg. **Mexiko-Decker,** graubraun **300** Pfg., dunkel **220** Pfg, **Umblatt 150** Pfg. **St. Felix-Brasil-Decker,** garantiert schneeweißer Brand und größte Deckkraft, **170** und **180** Pfg., **Umblatt 120** Pfg. **Havanna,** edle Qualität, **300** Pfg. **Yara-Cuba 160, 220** Pfg. **Domingo 85, 90, 100** Pfg. **Portorico 90** Pfg. **Losgut** aus nur überseeischen Originaltabaken, meist Umblatt enthaltend, **85** Pfg.

Wickelformen { neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 125 Pfg. — **Schiffchen-Abdrücke** versende gratis und franko.

Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde inkl. Holzfuß und Preßbrett, **für 10—12 Formen,** pro Stück **6.50** Mk.
Gummi-Traganth, allerfeinste, helle Ware, pro Pfund **250** Pfg.
Zigarrenband, feinste, gelbe Halbseide, 8 lin., pro 50 Mtr.-Rolle **160** Pfg.

Preise per Pfund verzollt. **Versand nur unter Nachnahme.**

Heinrich Borrmann, Bremen

Billigste Preise! **Rohtabak** **Reichhaltiges Lager**

Ich habe mich entschlossen, neben meinem Engros-Geschäft einen **Detail-Versand** einzurichten. Es kommen nur **garantiert kerngesunde Tabake aus originalen Ballen** zum Versand. Sorgfältige Verpackung und gewissenhafte Erledigung auch des kleinsten Auftrags.

Die Preise verstehen sich per Pfund verzollt gegen Kasse.

Auszug aus meiner Preisliste!

Sumatra-Decker **1. Länge,** sehr gutes Stückblatt, blütenweißer Brand, mittelfarbig . . . . . 190 ₰
ferner alle Längen und Farben von 200 ₰ bis 450 ₰

Vorstenland-Decker sehr zu empfehlen, tadelloser weißer Brand und vorzüglicher Geschmack, mit $1^1/_2$ Pfund deckend, per Pfund . . . 190 ₰

Havanna-Einlage, leichte, würzige Qualität, vorzügl. Füllmaterial 165 ₰

Java-Decker, 2. Länge Vollblatt 200 ₰
Java-Umblatt, flotter Brand und vorzüglicher Geschmack . . 110—130 ₰
Java-Einlage, kräftige u. leichte Qualität, sehr blattig . . . . . 90 95 ₰
Java-Umblatt und Einlage . . 100 ₰
Seedleaf, sehr feines Umblatt, sparsam im Gebrauch . . . 110 115 120 ₰

St. Felix-Brasil, großblatt. Einl. 130 ₰
do. do. Aufleger . . . 140 ₰
do. do. Decker 180 190 210 ₰
Carmen-Umblatt . . . 100 105 110 ₰
do. Umblatt, Einlage . . . 90 ₰
Domingo FF 100 ₰, F 95 ₰, A 90 ₰
Gemischte Original-Tabake, alles gedeckte Ware, Aufarbeiter . . . . 90 ₰

Versand nur gegen Nachnahme. — Kredit nach Uebereinkunft.

Heinrich Borrmann, Rohtabak, Bremen.

Geräte für die Fabrikation

als:
Wickelformen, Formenpressen
Kistenpressen
Arbeitstische, Schemel, Sortierkisten, Sitzkästen für Wickelmacher
Bündelpressen 2c.

Rollbretter, Ia.-Ware.
rotbuchen 1.50 ℳ, weißbuchen 2 ℳ
unverwüstlich!

Echt amerik. Kopfholz-Bretter mit Eisenbolzen
= Unerreicht in Haltbarkeit!! =
per Stück 5.50 ℳ, 10 Stück 53 ℳ

Arbeitsmesser, prima Stahl
per Stück 25 ₰, 10 Stück 2 ℳ

Hamburg. Arbeitsmesser
zu gleichen Preisen.

Trockenöfen zu 2 Mille 40 ℳ
zu 3 Mille 55 ℳ

P. S. Sämtliche Geräte sind nur aus bestem Material hergestellt, worauf ich ganz besonders aufmerksam mache.

W. Hermann Müller, Berlin
Magazinstrasse 14.

Carl Roland, Berlin SO.

Kottbuser Straße 4.

Sumatra, Decke, Vollblatt, per Pfund 2 Mk., hell 3 Mk. **Java-Sumatra,** Decke, Vollblatt, per Pfund 2.30 Mk. **Java,** Aufarbeiter, sehr leichtblattig, per Pfund nur 1.05 Mk. — Alle anderen Tabake billigst und reell.

Rohtabak-Lager Wilhelm Puchtler.

Besonders vorteilhaftes Angebot:
Sumatra, Stückbl., 2. L., hell, tadelloser Brand, p. Pfd. 1.40, 1.80, 2.75.
Vorstenland, Decke, 1. L., Vollbl., hell und mittelfarben, p. Pfd. 2.30.
Brasil, Umbl. u. Decke, tadellos in Brand und Qualität, p. Pfd. 1.45.
Losgut, gesund, rein amerikanisch, per Pfund 85 Pfg.
Versand **nur** gegen Nachnahme.
Altona, Paulstrasse 14.

Schöne alte Kinderreime.
Preis 15 Pfg. Volksbuchhandlung, Leipzig.

S. Hammerstein Filiale

Vertreter: Gustav Boy
Berlin N., Brunnenstr. 183.

Roh-Tabak.

Sumatra-Decke, besonders preiswert, hellfarbiges Stückblatt à 200, 300 ₰. hellfarbiges Vollblatt ff. à 400, 450 ₰. mittelfarb. Vollblatt à 250, 275, 360 ₰.
Sumatra-Umblatt 140 ₰.
Java-Sumatra-Decke 215, 230 ₰.
Vorstenland-Decke 200, 225, 250 ₰. schwarz (wie Mexiko) 250 ₰.
Java 85, 90, 95, 105, 120, 130, 135, 140 ₰.
Brasil 105 Erf., 125, 130, 135, 150, 200 ₰.
Carmen 90, 95, 100, 110, 115, 120, 130 ₰.
Domingo 90, 95 ₰, **Umblatt** 100, 115 ₰.
Seedleaf, großblattig, pa. Qual., nur 90 ₰.
Fabrikabfall, grob, 75 ₰, **Losgut** 85 ₰.
Inländische Einlage 85 ₰.

Entrippte, rein überseeische hochfeine Einlage 120 ₰ netto

Preise per Kasse mit 3 Proz. Rabatt.

Bedarfs-Art.

Wickelformen, neue, zu Originalpreisen, gebrauchte, neue Fassons eingetroffen.
Pressen zu 10 Formen nur 8, 10 u. 16 ℳ, mit Rad 19 ℳ, ganz Eisen 26 ℳ.
Presskasten zu 1000 Zigarren nur 5.75 ℳ.
Rollbretter 175, 200 ₰, Hirnholz 300, 350 ₰.
Bündelböcke, verstellb., nur 1.25 u. 2.25 ℳ.
Arbeitsmesser 20 u. 30 ₰, 35 ₰ Hamburger.
Lack 30 ₰, 8 Stangen.
Papier, blau, 40 Bogen pro Pfund, 20 ₰.
Band 50 Meter von 70 ₰ an.
Ringe ff. nur 20, 25 ₰, mit Porträt 45 ₰.
Etiketten von 40 ₰ pro 100 Stück an.
Gummi Traganth nur 175, 225, 250 ₰ pr. Pfd.

Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Schragen, Siebe etc. stets am Lager.

Preise per Kasse ohne Abzug.

Versand unter Nachnahme.

Bruno Eickhoff, Rohtabak, Bremen

Preise verzollt pro Pfund gegen Kasse.

Von neuen Einkäufen empfehle:

Sumatra-Decker,	2. Länge	Stückblatt, **hell,**	Ia Ia Brand,	Deli	**130** ₰
do.	1. „	„ „	„	„	**160** ₰
do.	3. „	Vollblatt, hellbraun	„	„	**180** ₰
do.	3. „	„ **ganz hell**	„	„	**220** ₰
do.	2. „	„ hellbraun	„	„	**220** ₰
do.	1. „	Lochblatt, hochedel	„	„	**250** ₰
do.	2. „	Vollblatt „ hellbraun	„	„	**350** ₰
do.	2. „	„ Sandblatt, hell	„	„	**650** ₰

Sumatra-Umblatt, leicht und edel	**115—130** ₰
Vorstenland-Decker, hellfahl	**220—300** ₰
Java-Umblatt, hochfein	**120—140** ₰
Java-Einlage mit Umblatt	**80—100** ₰
Mexiko, feinster St. Andres	**350—500** ₰
Havanna, Umblatt und Einlage	**120—250** ₰
Seedleaf, feinstes Umblatt	**90—120** ₰
St. Felix-Brasil, Einlage	**100—120** ₰
„ „ Umblatt	**120—140** ₰
„ „ Decker	**150—200** ₰
Domingo FF	**85—100** ₰
„ **F**	**80—85** ₰
Carmen, hochfeines Umblatt	**90—100** ₰
Losgut, fast reines Umblatt	**80—90** ₰

Preise verzollt pro Pfund gegen Kasse.

Ziel bei Aufgabe guter Referenzen nach Uebereinkunft. Pakete **nur Nachnahme!** Bei größeren Abschlüssen Spezial-Offerte. Zum Beispiel offeriere einen Posten **Felix** zum Schneiden à **35—40** ₰ pro Pfund **unverzollt** gegen Kasse. Einen großen Posten **Losgut** in Ballen von ca. 250 Pfund, rein amerikanisch, à **30** ₰ pro Pfund **unverzollt.**

Proben nur gegen Nachnahme. **Proben nur gegen Nachnahme.**

Bruno Eickhoff, Rohtabak, Bremen.

Verantwortlicher Redakteur: F. Geyer, Leipzig, Südstraße 59. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.